Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46
Fernruf: 926.

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nr. 33. Mittwoch, den 8. Februar 1922. 29. Jahrgang.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 8. Februar. (Eigener Draht.)

Nach langwierigen Verhandlungen wurde in den späten Abendstunden des gestrigen Tages zwischen Reichsgewerkschaft und der Regierung über die strittige Frage der Maßregelungen eine Einigung erzielt. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gab auf Grund dessen noch im Laufe der Nacht an alle Spitzenorganisationen den Abbruch des Streikes bekannt, so daß bereits für den heutigen Tag mit der Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet werden kann. Mit dem Streikabbruch fällt automatisch die Verordnung des Reichspräsidenten. Nach den Vereinbarungen, die zwischen den beteiligten Parteien getroffen wurden, werden Maßregelungen nicht vorgenommen.

Bevor die Einigung erzielt wurde, fanden zwischen dem Reichskabinett und den Parteiführern Verhandlungen statt, deren Ergebnis die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte. Das Ziel dieser Besprechung war, eine Verständigung zu finden, die zum baldigen Abbruch des Streikes führen konnte. Noch in den Abendstunden wurde ein Kompromiß vorgeschlagen, das sowohl die Reichsregierung wie die Reichsgewerkschaft in längeren Verhandlungen beschäftigte. Um 10 Uhr abends war die Einigung erzielt, die von den beteiligten Seiten als allgemein zufriedenstellend anerkannt wurde und die Sicherung für eine erträgliche Beilegung des Streikes ergab. Noch in der Nacht hat sich der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft mit dem Abschluß beschäftigt und dem Ergebnis seiner Unterhändler zugestimmt. Die Beratungen dauerten bis 3 Uhr morgens. Die Entscheidung der Reichsgewerkschaft sowie aller übrigen Organisationen, die sich noch in der Nacht vom Montag zum Dienstag gleichfalls für den Streik erklärt hatten, lautete auf Einigung.

Allgemein kam zum Ausdruck, daß man Vertrauen zum Reichskanzler habe und ist der Ueberzeugung, daß Dr. Wirth die mündliche Zusicherung auch durchführen wird.

Außer der Zusicherung der Vermeidung von Massenentlassungen wird der Kanzler den Vertretern der Reichsgewerkschaft durch eine eingehende Formulierung über das Arbeitszeitgesetz die Garantie dafür bieten, daß das Arbeitszeitgesetz nicht zu einem Sondergesetz für die Eisenbahner wird, sondern eine allgemeine Regelung erfährt, an der sämtliche Gewerkschaften beteiligt werden sollen. Weiter teilte Dr. Wirth mit, daß schon in den allernächsten Tagen Beratungen über die Erhöhung der Grundgehälter usw. stattfinden sollen, was der Reichsfinanzminister noch ausdrücklich als seinen heiligsten Wunsch bestätigte.

Maßgebende Mitglieder der Reichsgewerkschaft erwarten, daß bereits innerhalb 24 Stunden ein ziemlich geregelter Personenverkehr durchgeführt sei, daß jedoch die Aufnahme des Güterverkehrs 48 Stunden in Anspruch nehmen wird.

Heute Mittwoch finden zwischen Regierung und Reichsgewerkschaft Verhandlungen statt, in denen eine genaue Formulierung über die Erklärungen des Reichskanzlers vom gestrigen Abend erfolgen soll.

Natürlich ist die Rechtspresse wie auch die Rote Fahne mit dem Abbruch des Eisenbahnerstreiks in der vollzogenen Form nicht zufrieden. Die Herren der Rechten werfen der Regierung Nachgiebigkeit vor, trotzdem ihnen bewußt ist, daß eine weitere Halsstarrigkeit dem Deutschen Reiche jeden Tag Milliarden kosten würde. Der Lokal-Anz. freut sich über seine unbewußt falschen Informationen, nach denen der Aktionsausschuß der Reichsgewerkschaft noch nachts 2 Uhr, also nach den Abmachungen in der Reichskanzlei nicht daran gedacht habe, den Vereinbarungen zuzustimmen. Daß die Kommunisten mit dem Abschluß nicht zufrieden sind, bestätigt nur, daß die äußerste Linke aus ihrer Regel noch nicht herausgekommen ist. Alles in allem zeigen die Angriffe gegen den Abbruch des Streikes, daß sich nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Deutschnationalen unglücklich fühlen. Tatsächlich haben sowohl Kommunisten wie auch maßgebende Deutschnationale bei der Streikleitung auf Weiterführung des Streikes hingewirkt. Der Aerger der Deutschen Tageszeitung über die Nachgiebigkeit der deutschen Regierung ist also zu verstehen. Es mag sein, daß die Vorwürfe von rechts und links auf gewisse bürgerliche Politiker in der Regierung einwirken, und daß insbesondere der Reichsverkehrsminister Groener sich überlegen wird, ob er nach dem jetzigen Abschluß die Geschäfte noch weiterführt. Der Reichskanzler will seinen Rücktritt nach Möglichkeit zu vermeiden suchen.

Welche Folgewirkungen der Eisenbahnerstreik und sein Abschluß auf die Regierung haben wird, werden die nächsten Tage zeigen. Auswirkungen innerhalb des Deutschen Beamtenbundes, dem die Reichsgewerkschaft angehört, werden nicht zu vermeiden sein. Es wird angenommen, daß die bisherigen Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes anderen Leuten Platz machen müssen, um eine Spaltung zu vermeiden.

Das Ergebnis des Eisenbahnerstreiks.

Dr. L. Lübeck, den 8. Februar.

Die Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden waren vorgestern und auch gestern früh ergebnislos verlaufen. Ueber die sachlichen Verhandlungspunkte — Gehalt und Arbeitszeit — hatte man verhältnismäßig rasch eine genügende Uebereinstimmung herbeigeführt; von keiner Seite wurde die Notlage der unteren und mittleren Beamten bestritten. Worüber man sich aber auch nach stundenlangem Hin und Her nicht einigen konnte, das war die Maßregelungsfrage. Nach der strikten Stellungnahme des Reichskanzlers sollte die Lösung dieser Frage einzig und allein dem Reichsverkehrsminister vorbehalten bleiben. Ueber diese Absicht war die Reichsgewerkschaft aufs tiefste empört; auf keinen Fall wollte sie zugeben, daß ihre streikenden Mitglieder der Gnade oder Ungnade der Direktionen usw. ausgeliefert würden. Die Verhandlungen zerschlugen sich.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden neue Besprechungen eingeleitet. Nach Klärung einiger Voraussetzungen wurden zum ersten Male außer den Gewerkschaften und dem Beamtenbund auch zwei Vertreter der streikenden Reichsgewerkschaft selbst zu den Verhandlungen zugezogen. Aber immer noch bildete die Frage der Maßregelungen den unübersteigbaren Stein des Anstoßes. Schließlich verließ die Regierung ihren Standpunkt und stimmte dem Vorschlag der Gewerkschaften zu, wonach nicht das Verkehrsministerium selbständig, sondern das Gesamtkabinett die Richtlinien für eventuelle Maßnahmen ausarbeiten sollte. Ferner sagte die Reichsregierung zu, bei sofortigem Streikabbruch von Entlassungen usw. nach Möglichkeit absehen zu wollen; außerdem soll den gemaßregelten Beamten völliges Beschwerderecht zugebilligt werden.

Damit waren auch die Vertreter der Reichsgewerkschaft einverstanden; gestern abend noch gaben sie Anweisung an ihre Organisationen auf Wiederaufnahme des Dienstes. Der Streik war beendigt.

Bei einigem guten Willen beiderseits hätte sich diese Lösung schon vor einigen Tagen finden lassen müssen. Aber der Reichsverkehrsminister Groener hatte sich zu sehr auf seinen absoluten Machtstandpunkt festgebissen. Er vergaß, daß bei solch großem Streik nicht der Sieg der einen oder anderen Seite der Allgemeinheit die Hauptsache ist, sondern die möglichst rasche Herbeiführung geordneter Zustände. Das nunmehrige teilweise Nachgeben der Regierung ging demgemäß auch gegen den Willen Groeners; mit seinem Abgang ist deshalb zu rechnen. Aber Sein oder Nichtsein der deutschen Verkehrswirtschaft ist wichtiger als das Gehen oder Bleiben des Generals Groener.

Schon während des Ausstandes war es sehr belehrend, die Stellungnahme der verschiedenen Parteirichtungen zu beobachten. Von zwei Seiten wurde auf eine Verlängerung des Streikes hingewirkt; von kommunistischer und von deutschnationaler. Ganz verständlich; denn beide haben nur ein Ziel: Der Republik Schwierigkeiten zu machen. Die Kommunisten hofften den Streik zu einem allgemeinen Generalstreik ausbauen zu können, um ihre berühmten Experimente zu machen. Nach dem Mißlingen hätten sie dann die Schuld den S.-P.-D.-Führern zugeschoben. Das Lied ist so alt; es braucht nicht wiederholt zu werden.

Viel interessanter benahmen sich die deutschnationalen Milchbrüder der Kommunisten, die aus der andern Brustseite der Republikfeindschaft ihre Nahrung ziehen. Durch die ganze deutschnationale Presse, auch durch die Lüb. Anz., ging folgendes Korrespondenztelegramm:

„Trotz der Behauptung, daß die Regierung fest bleiben würde, verlautet, daß am Montag früh durch Vermittlung der SPD. und USP. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Reichsgewerkschaft beginnen. Das würde ein Zeichen von Schwäche sein, das tief zu bedauern wäre."

Man machte also scharf; man stachelte die Regierung auf. Nach wochenlangem Streik sollten die Beamten geknebelt werden; am Grabe der zerstörten deutschen Wirtschaft aber hätten sich dann die monarchistischen Patrioten mit eingeklemmtem Monokel feixend aufgestellt und von den Segnungen der Revolution und der Republik gefaselt. Das Ganze nennt sich dann „Arbeit für Vaterland und Vaterstadt".

Unverständlich ist es, wie anläßlich dieser Haltung der deutschnationalen Presse sich ein Lokomotivführer in der Beamtenversammlung am Sonnabend dazu hergeben konnte, mit dem nationalistischen Horn gegen Republik und Demokratie zu blasen. Die Deutschmonarchisten spekulieren offenbar doch nicht ganz vergeblich auf die Dummheit vieler.

Der Berliner Streik dauert fort.

Berlin, 8. Februar. (Eigener Draht.)

Der Streik der Berliner Gemeindearbeiter ist auch Dienstag nachmittag nicht zuEnde gegangen. Die Streikleitung hat anläßlich der Aufforderung des Magistrats und des Aufrufs der Gewerkschaften den Streikabbruch empfohlen, dem die Obleutekonferenz aber nicht beigetreten ist. Sie verlangten eine Urabstimmung. Die Streikleitung trat auf Grund dessen an den Oberbürgermeister Boeß heran, um eine Verlängerung der Frist zur Aufnahme der Arbeit um 24 Stunden zu erreichen. Der Oberbürgermeister lehnte ab. Wie sich der Magistrat verhalten wird, ist noch unbekannt. Vorerst hat die Streikleitung angeordnet, daß die Urabstimmung heute abend 7½ Uhr beendet sein muß. Dann treten die Obleute zur Nachzählung der Stimmen zusammen, die über die Wiederaufnahme der Arbeit oder Streikfortsetzung entscheiden.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags veranstalteten die streikenden Reichsgewerkschaftler und Gemeindearbeiter verschiedene Versammlungen. Die Versammlungen der Reichsgewerkschaftler sind ohne Schwierigkeiten verlaufen, diejenigen der Betriebsräte Groß-Berlins dagegen wurden von kommunistischen Trupps, die sich nach Schluß der Gewerkschaftsversammlungen bildeten, gestört. Emil Barth, der über das Streikrecht der Beamten sprach und vor allem den Gemeindearbeiterstreik entschieden verurteilte, wurde minutenlang unterbrochen. Es kam zu Schlägereien, bei denen Stuhlbeine usw. Verwendung fanden. Nachdem vorher eine Resolution gegen den Generalstreik angenommen worden war, wurde durch den Terror der Eingedrungenen später eine Abstimmung über eine Resolution erzwungen, die auf Grund unversöhnlichen Verhaltens der Reichsregierung den Eintritt in den Generalstreik fordert und die Gewerkschaften und Spitzenorganisationen beauftragt, für dessen Durchführung Schritte zu unternehmen.

Die Gewerkschaften haben jedoch keinen Anlaß, den Wünschen der Kommunisten und deren Hintermänner Folge zu leisten.

Die Washingtoner Verträge.

Paris, 7. Februar.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington werden die aus der Abrüstungskonferenz hervorgegangenen Verträge in keiner der beiden Senatsparteien einer durchgreifenden Opposition begegnen. Von den Republikanern würden sie nur Borah und Johnson sowie vier andere Senatoren bekämpfen. Wilson werde sich an der Opposition nicht beteiligen. Eine kürzlich im Senat erfolgte Abstimmung habe gezeigt, daß 22 Demokraten gegen die Verträge seien, eine Zahl, die aber zu einer erfolgreichen Bekämpfung nicht genüge.

Die englische Thronrede.

London, 7. Februar.

In der Thronrede, womit der König heute das Parlament eröffnete, begrüßte er die großen Ergebnisse der Washingtoner Konferenz, namentlich das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean, das das englisch-japanische Bündnis ersetze, und das Abkommen über die Einschränkung der Rüstungen. Das Problem der Sicherung der Reparationszahlungen durch Deutschland in der den allgemeinen Interessen zuträglichsten Weise beschäftige noch immer die verbündeten Regierungen. Beratungen seien kürzlich eingeleitet, um Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines unprovozierten Angriffes durch Deutschland zu erzielen. Die Bill über die Ratifizierung des Abkommens mit Irland und die weitere Bill, die den an den irischen Unruhen beteiligten Personen Amnestie gewährt, werde dem Parlament zugehen.

In seiner **Gesamtwirkung** wird der Streik auf die politische Lage nur wenig Einfluß haben. Die Stellung Wirths ist durch das allseitige Vertrauen, das ihm die Unterhändler aller Verbände entgegenbrachten, gefestigter als je. Allerdings ist die Wirthsche Beilegung des Streiks eine deutliche Fortsetzung des Abrückens von der großen Koalition, das schon mit der Ernennung Rathenaus begonnen hatte. Man wird deshalb mit einer neuen Hetze gegen Wirth rechnen müssen; Deutschnationale und Deutsche Volkspartei werden sich die nächsten Tage wieder getreulich zusammenfinden.

Den Beamten hat der Streik die praktische Anerkennung ihrer Koalitionsfreiheit gebracht. Mögen sie in Zukunft noch sparsamer mit dieser Freiheit umgehen als bisher; ihre Verantwortung dem gesamten Volke gegenüber ist riesengroß. Ein Anrecht haben sie allerdings auch, daß ihnen ein menschenwürdiges Existenzminimum geboten, und daß ihnen keins ihrer verfassungsmäßigen Rechte bestritten wird.

Revolutionäre Bestrebungen in Transvaal.

Berlin, 7. Februar.

In Transvaal ist durch den Bergarbeiterstreik eine ernste Lage entstanden. Meldungen deuten auf die Möglichkeit revolutionärer Versuche hin. In Massenversammlungen der streikenden Bergleute in Johannisburg wurde eine Entschließung angenommen, in der die in Pretoria befindlichen Mitglieder des Parlaments aufgefordert werden, eine vorläufige Regierung zu bilden und die Republik auszurufen.

Oesterreichischer Hilferuf an König Georg.

London, 7. Februar. König Georg erhielt gestern ein an ihn persönlich gerichtetes Telegramm des österreichischen Bundespräsidenten Hainisch, in dem dieser dringend um Rettung vor dem wirtschaftlichen Ruin Oesterreichs bittet.

Ein Preßprozeß in der Republik.

Ein interessanter politischer Prozeß wurde vor einigen Tagen vor der Darmstädter Strafkammer in der Berufungsinstanz verhandelt. Der Hauptschriftleiter des hessischen Regierungsorgans, der „Darmstädter Zeitung", **Paul Kirchhoff**, hatte im Mai 1921 eine Regimentsfeier und den damit verbundenen Umzug unter Hinweis auf unsere kritische außenpolitische Lage (es waren die Tage des Londoner Ultimatums) in schärfster Form gegeißelt. Der Staatsanwalt erhob im öffentlichen Interesse Anklage, und Kirchhoff wurde zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Als Nebenkläger zur **Berufungsverhandlung** war der Offiziersverband des Dragonerregiments 23 zugelassen. Der Angeklagte Kirchhoff weist die ihm unterstellte Absicht persönlicher Beleidigung zurück. Seine Pflicht sei es gewesen, angesichts der demonstrativen Absichten des Umzuges und des durch die Militärfeiern hervorgerufenen Schadens im Auslande, der ja gar nicht zu bestreiten sei, gegen diese überflüssigen Feste Einspruch zu erheben. Der Vorsitzende des 23er Dragonervereins als Zeuge wies demgegenüber auf den Nutzen solcher Veranstaltungen für die Eisenbahn und Gastwirte hin. Auf gleicher Höhe bewegten sich seine übrigen „Aussagen". Der Verteidiger gab seiner Verwunderung Ausdruck über das prompte Eingreifen des Staatsanwalts und über die Höhe der Strafe, während man von einem Vorgehen gegen rechtsstehende Blätter auch bei den schwersten Angriffen noch nichts gehört habe. Wenn heute das Zutrauen zur Rechtsprechung in breiteren Schichten schwinde, so komme das daher, daß man das Gefühl habe, daß die Justiz den neuen Verhältnissen im Staat ohne Verständnis gegenüberstehe. Am erstaunlichsten mutete die Haltung des Staatsanwaltes an, der kostenpflichtige Verwerfung der Berufung beantragte. Nach seiner Meinung kann es uns im Auslande nichts schaden, wenn durch solche Feiern „die Traditionen der früheren Zeit im jetzigen Elend hochgehalten" werden. Der Rechtsanwalt der Nebenkläger dankte dem Staatsanwalt dafür, daß er seinen Parteien „den beschämenden Weg der Privatklage" erspart habe. **Das Gericht verwarf die Berufung und bestätigte das erstinstanzliche Urteil. Die Absicht der Beleidigung sei vorliegend, die zulässige Grenze überschritten.**

Das Milieu war dem verhandelten Gegenstand angemessen. An der Wand das Bild des früheren **Großherzogs**, im Zuhörerraum ein Publikum, das augenscheinlich früheren Offizierskreisen entstammte und das sicher hochbefriedigt nach Hause ging. **Ein anderes aber ist die Frage, ob das Staatsinteresse wirklich gefördert wird, wenn der Staatsanwalt der Republik dem Verteidiger des Staates (denn gegen offenbare Schädigung unseres Ansehens im Auslande ist ja der Artikel geschrieben) in den Arm fällt.**

Es gibt keine Klassenjustiz!

Im September vorigen Jahres streikten in Neuruppin die Arbeiter der dortigen Industriegesellschaft. Der zur Streikleitung gehörige **Klempner Reithöfer wurde nun bezichtigt, während des Streiks einen auf dem Fahrrad fahrenden Arbeitswilligen, Speditionsgehilfen Wilhelm Drews, beschimpft und auch an die Schulter gestoßen zu haben, so daß der Arbeitswillige, um nicht zu fallen, sich an** einem nebenlaufenden Pferde stützen mußte. Auf Antrag der Amtsanwaltschaft erließ deshalb das Amtsgerichtsgefängnis gegen Reithöfer einen **Strafbefehl auf 6 Wochen Gefängnis.** Auf Einspruch Reithöfers kam die Sache jetzt vor das Schöffengericht Neuruppin zur Verhandlung.

Reithöfer bestritt die Beschuldigung. Wenn er auch nervenleidend sei, so habe er den Arbeitswilligen doch nur im Hinblick auf die erregte Stimmung der Arbeiter gewarnt. Drews, der, wie sich herausstellte, befremdlicherweise schon im Vorverfahren vom Amtsgericht auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft auf seine belastende Aussage beeidigt worden war, bestätigte naturgemäß die Darstellung der Anklage, gab aber zu, durch die körperliche Berührung seitens des Angeklagten **keinerlei körperliches Mißbehagen** empfunden zu haben. Ein anderer Zeuge bestätigte die Darstellung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 3000 Mk. Geldstrafe eventuell für je 50 Mark 1 Tag Gefängnis.

Das Gericht folgte der Darstellung des Arbeitswilligen. Danach nahm es zunächst eine Beleidigung, dann aber auch eine Körperverletzung an, denn, **wenn der Arbeitswillige auch kein körperliches Mißbehagen empfunden habe, so hätte er es doch gehabt, wenn er gefallen wäre.** Davor habe er sich aber nur dadurch bewahrt, daß er sich an dem Pferd stützte. **Das sei aber eine Körperverletzung! Bei Abmessung der Strafe müsse die leichte Erregbarkeit des Angeklagten strafverschärfend berücksichtigt werden.** In eine Streikleitung gehörten ruhige Leute. Durch eine hohe Strafe müsse das dem Angeklagten zu Gemüte geführt und er **zur Ablegung seiner leichten Erregbarkeit erzogen werden.** Nur bei der Strafart sei diese Erregbarkeit zu berücksichtigen; lediglich ihretwegen sei auf Geldstrafe und nicht auf die sonst durchaus angemessen beantragte Freiheitsstrafe von 6 Wochen erkannt worden.

Ein Kommentar ist überflüssig. Das Urteil wird aber verständlich, wenn man hört, daß das Amtsgericht Neuruppin noch immer den Dienststempel als **Königlich Preußisches Amtsgericht führt.**

Die Verlogenheit der Rechtspresse

wird durch nachstehenden Vorfall trefflich illustriert:

In den „**Hamburger Nachrichten**" und in der gesamten Rechtspresse der beiden Mecklenburg wurden in der Woche vom 22. bis 28. Januar Artikel veröffentlicht mit der Ueberschrift: „Der rote Baron im Urteil seiner Genossen" und „Ein mehrheitssozialistisches Urteil über Herrn von Reibnitz". — Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Eine in Neustrelitz befindliche Rechtsklique, zu der auch der frühere Ministerialrat, jetzige Rechtsanwalt Dr. **Piper, Bruder des Reichstagsabgeordneten** und Schriftleiters der „Hamburger Nachrichten", gehört, die den Genossen von Reibnitz seit über zwei Jahren in der übelsten Weise bekämpft, hatte behauptet, daß der Genosse von Reibnitz die Unabhängigkeit der Gerichte bedroht habe, weil er in einem seiner Prozesse nicht auf seinen Wunsch als Zeuge vernommen sei. Die Reichstagsabgeordneten Dr. Piper und Wunderlich hatten deshalb im Reichstag eine Anfrage eingebracht, bei deren Besprechung der Genosse Wels den Zwischenruf „den geben wir Ihnen mit in die Masse" gemacht haben soll.

Genosse **Wels** erklärt zu dieser Angelegenheit folgendes:

„Die Darstellung ist **falsch**. An den Zwischenrufen beteiligte sich auch Herr Dr. **Heim**. Darauf rief ich: „Dr. Heim ruft auch noch, den geben wir mit in die Masse, aber gleich über den Rhein zu seinen französischen Freunden." Worauf der neben mir sitzende Abgeordnete Sollmann abwehrend rief: „Um Gotteswillen, den schicken sie uns ja postwendend und unfrankiert zurück." Mein Zuruf galt dem Dr. Heim, aber nicht meinem Genossen von Reibnitz. **Otto Wels, M. d. R.**"

In der „Mecklenburger Zeitung" ist vorstehende Erklärung als Berichtigung erschienen. Ob nun auch die andern Blätter, die die verlogene Notiz gebracht hatten, der Wahrheit die Ehre geben werden?

Ein alter Demokrat.

Der Kronprinz empfiehlt sich seinem Volke.

Die Rechtsparteien sind eifrig beflissen, das ramponierte Ansehen des monarchistischen Systems wiederherzustellen. Aus diesen Gründen wurde vor einiger Zeit ein Brief des früheren Kaisers an Hindenburg veröffentlicht, in dem der entflohene Hohenzoller den verzweifelten Versuch machte, seine Unschuld am Weltkriege nachzuweisen.

Der Ruhm des Vaters hat den Sohn nicht schlafen lassen. Programmgemäß folgt jetzt ein Brief, den der frühere Kronprinz am 15. Oktober an den Bonner Universitätsprofessor **Zorn** gerichtet hat. In diesem Briefe setzt der Kronprinz auseinander, daß die Frage **Republik oder Monarchie** in der gegenwärtigen schweren Zeit **keine Rolle** spielen dürfe. **Er habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da sei und nicht das Volk des Monarchen wegen.** Das deutsche Volk habe sich durch Mehrheitsbeschluß der Nationalversammlung zur republikanischen Staatsform bekannt, und dieser Mehrheitswille müsse gegenwärtig geachtet werden. Außerdem könne sich auf die Dauer keine Staatsform halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit mit getragen werde. Aus allen diesen Gründen halte er, der Kronprinz, eine **aufreizende Betätigung** nicht nur für zwecklos, sondern direkt für **schädlich**. Jeder Putschversuch bleibe ein Vergehen am deutschen Volke, das mehr denn je der Ruhe und der Einigkeit bedürfe.

Der frühere Kronprinz wendet sich dann schließlich dem Weltkrieg zu und versetzt dabei den Aposteln der **Dolchstoßlegende** einige Seitenhiebe. Er weist darauf hin, daß bereits nach der Marneschlacht im September 1914 ein **restloser Sieg nicht mehr möglich gewesen sei**. Noch im Sommer 1917 habe sich für Deutschland die Möglichkeit geboten, leidlich aus dem Kriege herauszukommen. Leider seien diese Möglichkeiten nicht geschickt ausgenutzt worden und das sei ein **großer Fehler** der politischen Leitung gewesen. In dem Brief heißt es dann weiter:

„Nach dem Fehlschlagen des militärischen Versuches 1918 wurde die Lage allerdings bitter ernst, da jetzt ein schneller

An der Ostsee.

Sonnenaufgang. — Wandern im Winter. — Das tote Städtchen. Geheimnisse des Eises. — Die enttäuschten Fischer.

XX. **Travemünde**, 7. Februar.

Wir leben in einem gesegneten Himmelsstrich. Im Hochsommer enthüllt sich längs der Küste eine Art nordischer Riviera und im Winter, wenn er es wie heuer gut meint, braucht es nicht allzu vieler Phantasie, um sich in antarktische Regionen versetzt zu glauben. Etwas Fabulierkunst muß man allerdings besitzen, um aus den schneebedeckten Flächen, den kümmerlichen Hügeln und den keine besondere Stilart verratenden Gebäuden eine Harmonie herauszulesen. Die erste Ouvertüre klingt insbesondere dann nicht gerade lieblich, wenn die Ohrläppchen zwicken, die Fingerspitzen prickeln und die Fußsohlen eisig werden. Doch dafür sind wir mitten im Winter und zählen 12 Grad unter Null. Dabei erlebe ich einen Sonnenaufgang des Morgens um acht, wie ich ihn schöner im gepriesensten Gebirge nicht erschauen kann. Der rotglühende Feuerball reizt trotz seiner blendenden, augenzündenden Fülle zur fortwährenden Bewunderung. Ach, die Sonnenkugel ist immer noch die gleiche: ob ich sie die Berner Oberalpen vergolden, mit den Herrlichkeiten des Bodensees wetteifern, sah sie die große stille Heide küssen und noch über so manchen deutschen Gauen auf- und niedersteigen. Sie ist stets dieselbe Freundin und Hoffnungsweckerin des veränderlichen Menschlein gewesen. Heute verkündete sie mir einen frohen Tag. Ihr purpurner Glanz ging bald ins Gelbstrahlende über, zerriß die zarten Nebelschleier und erstrahlte in voller Kraft über Flur, Hain und Meer.

So wandert es sich gut auf knirschendem Schnee. So wird die Winterkälte vergessen und der Kontakt mit der Umwelt hergestellt. Ein schwarzes Lokalkonzert macht das eigenartige [illegible] unter seinem Räderwerk, dessen hartem Klingklang selbst ausgehungerte Krähen und Elstern auf den Chausseebäumen nachsehen, sobald der erste Schreck verflogen ist. Zwischendurch [illegible] die Einsiedler auf Bäumen oder Hochspannungsleitungen ein greller Knall vom Priwall her auf, wo Zufallsjäger Mecklenburger Observanz verweilten, um hungrigen Wintervögeln aus der [illegible] den Garaus zu machen. Das kahle Buschwerk läßt jetzt auch einen Durchblick nach den bewaldeten Ortschaften nach Pöppendorf, Rönnau und Teutendorf hinauf zu. Wer aber nach Travemünde zu wandert, der sucht doch immer wieder zuerst die Ostsee. Und wenn man erst hinter Ivendorf den Weg hinabmarschiert, dann fesseln beim ersten Ausguck die Molkipper und D'Alben-Reihen mehr als alles andere. Selbst der tapfere Ritter Georg am alten Eichenbaum, dessen [illegible] durch grelle Sonnenstrahlen beleuchtet wird, kann in diesem Stadium des Verlangens nicht mehr interessieren. Da fühlt man sich schon am Strande, begrüßt die immer [illegible] Turmspitze des [illegible] und biegt im [illegible] noch im Betrachten versunken an dem schönen Fachwerkbau bei der „[illegible] Ecke" um, in die Vorderreihe ein.

Wir sind in dem Travemünde, wo einst der Fremde über den Fischer dominiert. Ein Rundgang in den Hafen würde fast außerordentliches Leben erwarten lassen. Drei mittlere Dampfer und eine Anzahl Segler haben sich aufgereiht, Dutzende Masten kleinerer Fahrzeuge starren empor. Aber kein Mensch ist zu erblicken. Nur ein Hämmern, Sägen und Poltern dröhnt aus den Schiffsbäuchen. Man nutzt die Zeit des zwangsweisen Stilliegens zu Reparaturen. Der ansehnliche Schlepper Neptun wirft seine Schraube herum, daß die Eisschollen tanzen und bringt ein halbes Dutzend Leute nach dem Priwallufer. Ein kostspieliges Vergnügen. Zwei stämmige Fischer schultern die Eisäxte und trotten mit ihren schweren Stiefeln eine Strecke vor mir her. Dann bin ich wieder mutterseelenallein, schaue auf den verlassenen Priwall hinüber, stampfe am Leuchtturm vorbei und habe endlich erreicht, was ich wünsche: freien Ausflug auf die gefrorene See. Auf die mit Schnee bedeckte Eisfläche, sonnenbeschienen und menschenleer.

Wer sie nicht kennt, die See, die an heißen Sommertagen erquickende Labsal beut, wer sich nicht in ihre kühlen Fluten gestürzt oder auf ihren Wellen im Schiff schaukeln ließ, wen nicht schöne Erinnerung beschleicht, der wird wenig Anziehendes oder gar Außerordentliches erblicken. Auch der Anblick der brettervernagelten Sommerhäuser und Pensionen wirkt kühler. Als einziger Kurgast wandere ich den Strand ab, ungestört und unbeleidigt von rasendem Getue geldbeschwerter Großstadtmenschen, wandere bis hinauf zum Seetempel und durch das Wäldchen, freue mich wie ein Schneekönig, daß beim Rückweg nun endlich das linke Ohr aus dem Nordpol heraus- und mit dem Südpol in Berührung kommt. Oben am Brodtener Ufer hielt ich Ausguck, suchte die Küste ab und die See, um die im Eise steckengebliebenen Dampfer zu erspähen. Ganz fern zwischen Brooker Hak an der mecklenburgischen und Brodau an der holsteinischen Küste (etwa 15 Kilometer Breite) vergessen sich zwei Rauchschwaden. Bald gewahrte das Auge auch die Dampfer selbst. [illegible]. Aber mehr noch als die Festgebannten reizte jetzt die weite Fläche. Tags zuvor noch lag sie trübe, wehten weiße Flocken durcheinander; heute blinkte und glitzerte alles, bot der klare Wintertag eine selten zu genießende Augenweide.

Hinaus, aufs gefrorene Meer! Schwer nur stampft es sich vorwärts, der Schnee hat sich halbfußtief aufgelegt, die Eisdecke selbst ist holperig, die Wellenkämme sind in der Aufregung gefroren. 400, 500 Meter seewärts will es nicht vorwärts gehen. **Dann, wie abgebrochen, betreten wir glatte, teppichbelegte Bahn. Sie gestattet den 5-Kilometer-Schritt, sie erschließt uns eine nordische, nur ausnahmsweise wiederkehrende Herrlichkeit.** Stadtmenschen, die gewohnt sind, endlose Weiten nur im Bewußtsein genau gezeichneter Grenzen zu schauen, können hier, nach Norden gewandt, auf Meeresfluren wandern, die sich ins Unbegrenzte dehnen. Dazu einen Himmel von unbeschreiblicher Pracht. Hinter mir Cirruswolken, über mir ätherklares Blau, der holsteinischen Küste zu eine [illegible] Farbensymphonie, wie sie unser heimischer Künstler Gatermann auf einzelnen Aquarellen angedeutet hat. Einige Dutzend Möwen ziehen voller Nahrungssorgen traurig vorüber. Sonst aber herrscht Stille und Einsamkeit; kein Lebewesen weit und breit. Zwei wieder fest gefrorene Fahrrinnen habe ich überschritten, habe die Höhe von Scharbeutz erreicht, (der Wohld schaut finster herüber); aber noch sind die Dampfer nur mit schärfstem Blick zu erspähen. Während ich der großen, durch die Eisbrecher offen gehaltenen Fahrrinne zustrebe, wandere ich über eine so glatte und zartbedeckte Fläche, daß es mir profan vorkommt, sie mit meinen Fußtapfen zu verunzieren. Wie die Natur doch weben kann! Da grollt und donnert es von fern. Von Travemünde her wühlt der Eisbrecher der Handelskammer, Lübeck, die überall hochgeschichteten Eisschollen aufs neue durcheinander, krachend stößt er sie zur Seite, dumpf dröhnend und stampfend bohrt sich das starke Schiff seinen Weg. Ich stehe fünf Meter von der Fahrrinne und spüre an dem vorbeigleitenden Dampfer nicht die geringste Erschütterung auf dem Eise. Es hat bereits an den Ufern 1½ Fuß Stärke erreicht und die aufgeworfenen Schollen sind 15—20 Zentimeter stark.

Gern wäre ich der Bahn des Schiffes gefolgt. Doch noch zu weit draußen liegt sein Ziel, sind die Eisbarrieren, gegen die tagelang vergebens angekämpft wurde. Ich verfolge noch eine Zeitlang seine Fahrt, vernehme das gewitterdumpfe Grollen der zerbrechenden Eismassen, nehme wehmütig Abschied von der silberglitzernden Fläche und stampfe, den Hut in der Hand, beim schönsten Sonnenschein wieder anderthalb Stunden dem Strande zu.

Ein Unglück kommt selten allein. In normalen Jahren flanieren hier auf der Lübecker Bucht keine Einsiedler herum, dann segelt die Travemünder Fischerflotte hin und her, wirft ihre Netze in die Flut und zieht sie schwerbeladen mit zappelnden Heringen ohne Zahl wieder heraus. Jetzt soll die beste Zeit für unsere heimischen Fischer sein, und da kommt der gestrenge Winter so hart anmarschiert und drückt die schaffensfreudigen, wetterharten Männer in die Ofenecke. Das ist um so bitterer, als das deutsche Volk so wie so nicht mit Glücksgütern und reichlichen Nahrungsmitteln versehen ist. Im vorigen Jahre setzten am 12. Januar die großen Heringsfänge ein. Würde ein Witterungsumschlag die herrliche Winterlandschaft der Lübecker Bucht jetzt zerstören, dann wäre trotzdem nicht vor März mit der Heringsfischerei zu rechnen. Ob es sich dann noch viel lohnt, ist fraglich. Der Hering hat im März von seiner Fleischigkeit schon etwas eingebüßt, und wird es warm, dann ist auch der Versand gefährdet. Daß unsere Fischindustrie durch die Ungunst der Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen wird, ist selbstverständlich. 20 Travemünder Ringwaden harren der Aus- und etwa 40 der Zufahrt. Einige Fischer versuchen ihr Glück mit Aalstechen, doch ist hierbei keine Seide zu spinnen. 1—2 Pfund sind die Tageslosung, 6—7 Ausnahmen. Der eine und andere Fischer gibt sich auch mit der Jagd nach den zahlreichen Entenarten ab, und fremde Jäger, denen nichts heilig ist, machen ein Geschäft daraus. Einzelne haben schon bis zu 50 Stück davon erlegt. Das bringt Geld, auch für andre Leute, die Bläßhühner als Wilde-Enten-Braten zurechtmachen. In früheren Zeiten sind die Travemünder in Scharen hinausgezogen und haben festsitzende Seeschiffe mit ihren Aexten befreien helfen. Das brachte Ersatz für entgangenen Berufsverdienst. Heute arbeiten aber die Eisbrecher und Kriegsschiffe an dem Befreiungswerk für die Hafeneinfahrt. So liegt Travemünde wie ausgestorben, im Winterschlaf. Möge es recht bald daraus erwachen.

Frieden herbeigeführt werden mußte. **Nicht irgendeine Einzelerscheinung, sondern die Summe vieler Fehler in Verbindung mit der das deutsche Volk immer mehr zermürbenden Hungerblockade und unsere allerdings operativ äußerst schwierig gewordene Lage führten die Katastrophe herbei** Ob deren ganze Auswirkung unabwendbar war, lasse ich dahingestellt. Man täte aber besser, wenn man die Frage nach den Schuldigen oder Alleinschuldigen endlich verstummen ließe. Das ständige Aufwerfen dieser Frage in parteipolitischem Sinne hindert uns nur an der Erfüllung der wichtigsten Aufgabe: dem Wiederaufbau."

Was der frühere Kronprinz hier sagt, klingt ganz leidlich. Aber es sind doch nur Binsenwahrheiten, die er ausspricht, und die er in seinen stillen Stunden in Vieringen aus Zeitungen und Büchern zusammengelesen hat. Worauf es ihm vor allem ankommt, das erfahren wir am Schlusse seines Briefes. Es gefällt ihm nicht auf der einsamen Insel, er möchte wieder nach Deutschland zurück, um im trauten Kreise seiner Familie einen ruhigen Tag zu leben. Aber hinter dieser Sehnsucht eines angeblich vereinsamten Familienvaters lugte der Gedanke nach einer Besteigung des Thrones deutlich hervor. Weil es mit einem Putsch nicht gehen will, wird es mit der sogenannten konstitutionellen Monarchie versucht. Deshalb hascht der frühere Kronprinz in schlauer Berechnung nach demokratischer Popularität. Einige liberale Blätter fallen denn auch auf diesen Schwindel herein, sie hatten ja immer einen besonderen Schwarm für Kronprinzen.

Besitzsteuern und Abwälzbarkeit.

Die Steuerkompromißverhandlungen im Reichstag werden mit Eifer aber noch immer ohne endgültigen Erfolg fortgesetzt. Man spricht davon, daß in diesem Augenblick der Gedanke der Goldanleihe wieder fallen gelassen und daß man zurückgekehrt sei zu einer unmittelbaren Form der Erfassung der Sachwerte. Eine Einigung ist noch nicht erzielt — also kann sich das Bild in jedem Augenblick ändern. In jedem Falle wird es angebracht sein, sich grundsätzliche Klarheit über Wesen und Wirkung der Besitzbesteuerung im gegenwärtigen Augenblick zu schaffen.

In den Tagen, in denen es hieß, die Sozialdemokratie habe die direkte Erfassung der Sachwerte durch den Staat fallen lassen, und sich mit der Kredithilfe der Gewerbe ungefähr nach dem Hachenburgschen Plan abgefunden, da entstand sofort in der kommunistischen Presse — unter Gefolgschaft einiger sozialistischen Blätter — ein gewaltiger Lärm, das sei Verrat und Niedertracht; denn die Erfassung der Sachwerte sei eine Last, die das Kapital selber bis zum Ende tragen müsse, jede andere Besitzbesteuerung könne aber abgewälzt werden. Diese Abwälzbarkeit bedarf näherer Prüfung.

Die große durchgehende Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern, die früher in all den Steuerkämpfen die Hauptrolle spielte, ist heute allgemein aufgegeben. Mit Recht! Es hat sich in den jüngsten Zeiten deutlich herausgestellt, daß diese Unterscheidung viel zu äußerlich ist, daß es Besitzsteuern gibt, die glatt und vielfach sogar mit Aufschlag auf die breiten Massen überwälzt werden. Das Problem der Abwälzung der Steuern ist damit das Zentralproblem der Steuerpolitik geworden.

In den früheren Friedenszeiten lagen die Dinge anders; die Arbeit hatte einen festen Lohn, der sich oft in Jahren nicht änderte. Der Beamte bekam ein festes Gehalt, und es vergingen Jahrfünfte und Jahrzehnte, ehe an eine allgemeine Neuregelung der Gehälter geschritten wurde. Auch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse waren trotz des Wechsels zwischen Hochkonjunktur und Krise einigermaßen stabil. Die Durchschnittsprofitrate des Kapitals schwankte mit dem Wellengang der Konjunktur hin und her, aber doch nur wie der Pendel der Uhr, der nach jedem Ausschlag vom Gesetzeskraft der Schwerkraft wieder zurückgezogen wird. Eine indirekte Steuer auf den Verbrauch der breiten Massen stellte in diesen Zeiten eine unmittelbare Belastung des Volkes, eine nicht abwälzbare Belastung und Erschwerung der Lebenshaltung dar. Eine Besitzsteuer müßte vom Besitz getragen werden, und in beiden Fällen, bei direkten wie indirekten Steuern, dauerte es mindestens Jahre und erforderte es große Anstrengungen, um sie auch nur teilweise abzuwälzen.

Heute ist die ganze Wirtschaft in Wirbeln der Unruhe. Lohn- und Gehaltarife gelten gemeinhin für ein bis drei Monate. Nach kurzen Fristen müssen Löhne und Gehälter neu festgesetzt werden — dazu zwingt schon die fortdauernde Teuerung und Geldentwertung. Auf der anderen Seite hat das Unternehmertum die Periode der freien Konkurrenz in weitestem Umfange überwunden. Es hat sich vertrustet, kartelliert, syndiziert und Interessengemeinschaften abgeschlossen, sodaß weithin ein Wille den ganzen Markt eines bestimmten Produktes beherrscht. Dazu kommen die außergewöhnlichen Uebergewinne der Ausfuhr. Die Preisdiktatur weiter Kreise, die im Besitz der Produktionsmittel sind, ermöglicht ihnen die automatische Abwälzung jeder Last.

Prüfen wir nun die Erfassung de Sachwerte auf die Abwälzbarkeit dieser neuen Steuerlast. Diese Erfassung haben wir uns so vorzustellen, daß auf den Grundbesitz eine Reichshypothek gelegt wird, die vom Grundbesitzer verzinst und getilgt werden muß. Beim städtischen Grundbesitzer muß die Ueberwälzung auf den Mieter sofort festgesetzt werden, da sonst der städtische Hausbesitz bei Fortdauer der Höchstmieten nicht leistungsfähig wäre. Der ländliche Grundbesitz hat heute leider die Möglichkeit, die Preise seiner Produkte der Lebensmittel, fast schrankenlos in die Höhe zu treiben. Denn bei dem fortdauernden Mangel übersteigt hierfür in Deutschland die Nachfrage dauernd das Angebot. Erst wenn die deutschen Preise nach geglückter Ordnung des Etats und Stabilisierung des Geldwertes den Weltmarktpreisen angeglichen sind, würde hier die Konkurrenz der Einfuhr die Abwälzung der Last unmöglich machen. Aber bis dahin ist noch ein ziemlich weiter Weg.

In der Industrie war die Erfassung der Sachwerte so gedacht, daß die großen Gesellschaften Gratisaktien in Höhe von einem Viertel ihres Aktienkapitals dem Reiche oder irgend einer gemeinnützigen Stelle übergeben. Mindestens in den Industrien, die völlige Preisherrschaft haben, würde das Unternehmertum sofort die einfache Rechnung aufstellen: Wir haben bisher — sagen wir — 20 Millionen Mark Ueberschuß im Jahre herausgewirtschaftet; in Zukunft soll das Reich mit einem Viertel am Gewinn beteiligt sein, also muß der Ueberschuß auf 28 Millionen heraufgedrückt werden, damit uns nicht weniger bleibt als bisher. Wer zweifelt im Ernst daran, daß dieses Vorhaben einer großen Reihe der Industriegewaltigen gelingen würde?

Mit der Abwälzbarkeit der Lasten einer Goldanleihe liegt es kein Haar anders als im Falle der Erfassung der Sachwerte. Es verrät nur Unwissenheit und Denkfaulheit, wenn die Linksradikalen hier einen Unterschied konstruieren, der in der Wirklichkeit gar nicht besteht. Unbedingt unabwälzbar sind nur Steuern auf den Besitz, die verschiedenen Besitz ungleichmäßig treffen, ihn bei besonderen Gelegenheiten belasten. Derartige Steuern sind die Erbschaftssteuer, die Besitzwechselabgaben und ein Teil der Börsensteuern. Alle anderen Besitzsteuern lassen eine Möglichkeit der Abwälzung zu, und es hängt dann nur von den Umständen ab, ob sie gelingt. Auf der anderen Seite besteht auch eine Möglichkeit der Abwälzung der indirekten Steuern. Man denke sich eine für die Allgemeinheit unentbehrliche und straff organisierte Arbeiterschicht wie Eisenbahner oder Bergarbeiter und man wird die theoretische Möglichkeit nicht ausschließen können, daß sie jede neue Belastung ihres Einkommens durch Lohnerhöhungen ausgleichen oder am Ende sogar übertreffen. Wer bei dem Abwälzungsprozeß der Leidtragende ist, ist keine Frage der Gesetzgebungstechnik, ist keine Frage, die im Reichstag durch Abstimmung entschieden wird, sondern eine Frage der Wirtschaft, eine Folgewirkung der Macht der miteinander ringenden Organisationen. Hier hat es die Arbeiterklasse selbst in der Hand, dafür zu sorgen, daß sie bei der großen Steuerschröpfung nicht allzuviel verliert.

Für diese große wirtschaftliche Auseinandersetzung der verschiedenen Klassen liefert die Steuergesetzgebung nur den Boden. Was sie leisten kann ist lediglich, zunächst einmal den Besitzenden den gebührenden Teil an der allgemeinen Last aufzupacken, damit sie dann die Mühe, die Arbeit und das Risiko des Abwälzens haben, während es bei den indirekten Steuern umgekehrt ist. Die Steuerfragen laufen letzten Endes wie bei den Juristen vielfach das Prozeßrecht, darauf hinaus, wem die Beweislast zugeschoben wird, oder wer zum Eide zugelassen wird. Davon hängt der Ausgang von mehr Prozessen ab, als von dem materiellen Recht. Erfassung der Sachwerte und Goldanleihe schieben den Besitzenden die Abwälzungslast zu — das ist alles, was wir leisten können, ist aber auch soviel, daß die Sozialdemokratie ohne das ihre Zustimmung zu der neuen Riesensteuerlast nicht geben kann.

Der Wiederaufbau des Deutschen Exporthandels.

Obwohl durch die Bestimmungen des Versailler Friedens ein sehr großer Teil der Auslandsdeutschen gezwungen wurde, seine Wohnsitze in den ehemals feindlichen Staaten aufzugeben und nach der Heimat zurückzukehren, hat sich bisher infolge der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark das Exportgeschäft Deutschlands auch nach den überseeischen Plätzen verhältnismäßig lebhaft gestaltet. Die ausländischen Interessenten, die in ihrer Heimat nicht mehr mit deutschen Vertretern direkte Geschäfte abschließen konnten, kamen, größtenteils begünstigt durch den hohen Stand ihrer Valuta, scharenweise nach Deutschland, um hier billig einzukaufen. In dem Maße, wie durch eine entsprechende Regelung des Reparationsproblems und durch eine Konsolidierung der deutschen Finanzen die Schwankungen des Markkurses eingedämmt werden, wird auch der sogenannte „Ausverkauf" Deutschlands nachlassen. Wir kehren damit zweifellos zu gesunderen wirtschaftlichen Verhältnissen zurück, haben aber zunächst eine kritische Uebergangszeit durchzumachen, die vor allem das Exportgeschäft stark treffen muß. Das Bestreben Englands, den Kurs der deutschen Mark zu stabilisieren, erklärt sich nicht zuletzt aus den verhängnisvollen Wirkungen, die sich aus de deutschen Schleuderkonkurrenz für den britischen Handel ergaben. Es ist müßig, über die Frage zu streiten, ob Deutschland bei einem Dollarkurse von 150 oder 100 Mk. noch exportfähig bleibt. Für die Aussichten unseres Ausfuhrgeschäfts ist maßgebend nur die Stabilisierung der Mark auf einer gewissen Höhe. Ob diese Basis nun bei einem Dollarkurse von 100 oder 200 liegt, ist von untergeordneter Bedeutung. Verschiedene Staaten haben versucht, die Ueberschwemmung ihrer Märkte mit deutschen Waren durch sogenannte Antidumpinggesetze zu verhindern. Diese Maßnahmen mußten jedoch solange erfolglos bleiben, als die Entwertung der Papiermark in raschem Tempo fortschritt. Gelingt es, die deutsche Mark zu stabilisieren, so werden die von der deutschen Konkurrenz am stärksten bedrohten Länder ihre Zoll- und Einfuhrgesetze darauf einstellen und der eigenen Industrie einen gewissen Schutz schaffen. Die Erzeugnisse der deutschen Industrie werden deshalb in Zukunft an einem großen Teile des Weltmarktes nicht mehr so leicht unterzubringen sein, wie das bisher der Fall war. Handel und Industrie werden sich genötigt sehen, wieder größere Sorgfalt auf die Organisation des Exportgeschäfts zu verwenden. In vielen Fällen, wo man in den letzten beiden Jahren ohne eigene Auslandsvertreter auskommen konnte, wird man jetzt solche wieder hinaussenden müssen, um die Fühlung mit der Kundschaft nicht zu verlieren. Hierbei ergeben sich sehr große Schwierigkeiten. In vielen Staaten sind die deutschen Geschäftsleute und Faktoreien dem Friedensvertrage entsprechend liquidiert, d. h. zwangsweise verkauft worden. Besonders rigoros haben sich hierbei, abgesehen von den Franzosen und Engländern, auch die Japaner und verschiedene kleinere Nationen benommen. Die deutschen kaufmännischen und technischen Einrichtungen sind nicht selten zu Spottpreisen ausländischen Konkurrenten in die Hände gespielt worden. Hier wird man wieder von vorn anfangen und sich zunächst mit primitiven Einrichtungen behelfen müssen.

Das Problem des Wiederaufbaues des deutschen Außenhandels ist aber in der Hauptsache eine Personenfrage. Während die Inhaber der großen Firmen in den meisten Fällen für ihre entstandenen Schäden einen recht guten Anspruch auf Ersatz aus Reichsmitteln geltend machen, waren die Angestellten, die sich bei Beendigung des Krieges noch im Auslande befanden, häufig in einer recht fatalen Lage. Die Rückkehr zum heimischen Arbeitsmarkt erschien ihnen bei der damaligen Situation wenig verlockend. Durch jahrelange Internierung aller Geldmittel entblößt, konnten sie sich größtenteils keine eigene Existenz im Auslande gründen und mußten sich recht und schlecht durchschlagen, ohne ihre speziellen Kenntnisse verwerten zu können. Die Notlage dieser Kategorie von Auslandsdeutschen ist in der Heimat nur wenig bekannt. Und doch bilden gerade diese Leute für den Wiederaufbau des deutschen Exporthandels dank ihrer Kenntnisse der Sprache, der ausländischen Märkte, der fremden Sitten und Gewohnheiten ein sehr schätzbares Menschenmaterial für den Wiederaufbau. Diejenigen kaufmännischen und technischen Angestellten, denen es gelungen ist, nach Beendigung des Krieges in die Heimat zurückzukehren, sehen jetzt den Weg zu ihren früheren überseeischen Tätigkeitsgebieten durch unerschwinglich hohe Reisekosten versperrt. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Kosten einer Seereise, z. B. nach Südamerika und den ostasiatischen Häfen gegenwärtig fast durchweg mehr als das Hundertfache des Friedenspreises betragen. Während man zum Beispiel im Jahre 1914 nach Buenos Aires in der dritten Kajüte für 140 Mk. fuhr, kostete die gleiche Reise im August 1921 bereits 5000 Mark und im November 1921 sogar 15 632 Mark. Die Reise erster Kajüte, deren Kosten sich auf 72 950 Mk. stellen, kommt natürlich für den Durchschnittsdeutschen gar nicht in Betracht. Der Passagierpreis für eine Reise nach Shanghai in der billigsten Klasse ist von 409 Mk. im Jahre 1914 auf 12 951 im August 1921 und auf 43 770 Mk. im November 1921 gestiegen. Die entsprechenden Reisekosten von Bremen nach Yokohama erhöhten sich von 990 Mk. im Jahre 1914 auf 25 286 Mk. im August 1921 und 102 131 Mk. im November 1921. Diese riesige Verteuerung der Reisespesen macht es kleineren und mittleren Firmen fast ganz unmöglich, eigene Vertreter nach überseeischen Plätzen zu entsenden und doch ist gerade die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Südamerika und Ostasien insofern besonders wichtig und leichter zu bewerkstelligen, als dort der Deutsche zu freier geschäftlicher Tätigkeit bereits wieder zugelassen wird, während in den englischen und französischen Kolonien die Zureise deutscher Staatsangehöriger noch immer verboten bleibt.

Auch in anderer Hinsicht werden Deutschlands Industrie und Handel in nächster Zukunft große Anstrengungen machen müssen, um den Export aufrechtzuerhalten. Die sich jetzt vollziehende Angleichung der Gestehungskosten für deutsche Erzeugnisse an diejenigen der Industriestaaten mit sogenannter Edelvaluta nötigt zu größerer Auswahl und Sorgfalt in der Produktion. Bisher wurden die Waren ohne irgendwelche Vergleiche mit den entsprechenden ausländischen Erzeugnissen den deutschen Verkäufern von den Fremden sozusagen aus der Hand gerissen, da sie unendlich viel billiger waren als jede Konkurrenz. Setzt aber in Zukunft infolge der Stabilisierung der Mark und der Erhöhung der Gestehungskosten ein Wettbewerb ein, bei dem die deutsche Chance der Unterbietung in Wegfall und durch die Erhöhung der Unkosten der Exportorganisation sogar noch eine gewisse Erschwerung hinzukommt, so können wir nur noch konkurrieren, wenn wir das Ausland davon zu überzeugen vermögen, daß die deutschen Waren hinsichtlich ihrer Qualität denen der fremden Konkurrenz überlegen sind. Außerdem wird in vielen Staaten die in der Vorkriegszeit so hoch geschätzte Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie und Kaufmannschaft an die speziellen Bedürfnisse des Auslandes wieder in die Wagschale geworfen werden müssen. Es wird eifriger und zäher Arbeit bedürfen, um unter den veränderten Verhältnissen das deutsche Exportwesen auszubauen.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist auch die Beherrschung der Presse in den ehemals feindlichen und verschiedenen neutralen Staaten durch Nachrichtenagenturen, die im Solde und deshalb auch im Interesse des französischen, englischen und amerikanischen Kapitals arbeiten und die öffentliche Meinung des Auslandes bei jeder Gelegenheit in einem für Deutschland ungünstigen Sinne zu beeinflussen suchen. Eine aufklärende Gegenpropaganda wird ebenfalls durch die hohen Druckkosten für Kataloge usw. sowie durch den geringen Einfluß Deutschlands auf den internationalen Nachrichtendienst sehr erschwert.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Schweinemarkt.

Hamburg, 7. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, feine Ware über 250 Pfund	1800—1850 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	1800 „
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	1650—1750 „
geringere Ware	1500—1600 „
beste Sauen	1600—1700 „
geringere Sauen	1300—1500 „

Marktzufuhr: 1550 Stück. Der Handel verlief langsam bei erhöhten Preisen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 7. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		7. Febr.	6. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7525.—	7557.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1617.50	1632.50
Kristiania	100 Kr.	8245.—	8265.—
Kopenhagen	100 Kr.	4100.—	4135.—
Stockholm	100 Kr.	5207.50	5235.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	399.—	400.—
Rom	100 Lire	—.—	947.50
London	1 £	874.—	879.50
New York	1 Doll.	202.50	202.25
Paris	100 Frs.	1687.50	1695.—
Zürich	100 Frs.	3955.—	3985.—
Madrid	100 Pesetas	3105.—	3115.—
Wien	100 K.	6.25	6.25
Budapest	100 K.	30.50	30.25
Prag	100 K.	377.—	387.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 7. Februar.						
D.		Ludw. Kolberg	Jacobsen	Kopenhagen	5	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Breite Straße 13. **NEUES LICHTSPIEL-THEATER** Telephon 8698.

Donnerstag, 9. Februar: Unwiderruflich letzter Tag.

Der erste Film der neuen Bruno-Kastner-Serie 1922.
Größtes und sensationellstes Abenteuer in 4 Teilen (20 Akten).

Der Silberkönig.

1. Teil: **Der dreizehnte März.**

In der Hauptrolle mit **Bruno Kastner,** der Liebling des Publikums. Bruno Kastner bedarf keiner einführenden Worte, seine Darstellungen sind unerreicht.

Die Nacht der tausend Seelen.

Eine seltsame, spannende Lebenstragödie in 5 Akten.
Aus dem Liebesverhältnis eines Europäers mit einer Japanerin. Aus dem nervenaufpeitschenden Inhalt: Die Tochter auf der Rodelbahn verunglückt. Die Tochter spurlos verschwunden. Der Sohn spurlos verschwunden. Aufregende Jagd. Der Sohn nach einer abenteuerlichen Verfolgung wiedergefunden. (12885

Ab 4 bis 11 Uhr: Vorzügliches Theater-Orchester.

Am 5. Febr. entschlief nach langer, schwerer Krankheit im 35. Lebensjahre mein innigst geliebter Mann, meiner Kinder guter Vater, der Arbeiter (12827

Otto Beyer.

Dies zeigt an die tiefbetrübte Gattin

Anna Beyer und Kinder.

Schlutup, 5. Febr.
Beerdigung findet am Sonntag, 1 Uhr, von der Kapelle Schlutup aus statt.

Bauschlosser Hobler Dreher

gesucht von (12857

F. L. SMIDTH & Co., G. m. b. H.,
Maschinenfabrik

NB. Nur tüchtige Kräfte wollen sich melden!

Wir fordern hierdurch unsere Arbeiter, die heute früh unbefugt die Arbeit niedergelegt haben, auf, sich sofort wieder zur Arbeit zu melden.

Wer von der Nachmittagsschicht bis Donnerstag, den 9. 2. um 2 Uhr,

von der Nachtschicht bis Donnerstag, den 9. 2. 10 Uhr abends,

von der Frühschicht und Tagschicht bis Freitag, den 10. 2. 6 Uhr beziehungsweise 7½ Uhr früh die Arbeit nicht wieder aufnimmt, gilt als entlassen.

Ueber den Umfang einer Wiedereinstellung nach diesen Terminen behält sich die Direktion die Entscheidung vor. 12831

Herrenwyk, den 7. Februar.

Hochofenwerk A.-G.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (12813

Hodermann
Morgen Donnerstag
2. großes Bockbier-Fest (12842)
unter Leitung des Herrn **Ludwig Puls.**
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Generalversammlung der Sterbekasse der Maurer
Freitag, 10. Febr. 1922, abends 7½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus.**
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahlen.
12834) **Der Vorstand.**

Freier Wassersportverein.
Heute Mittwoch, 8. Febr.
Gründungs-Versammlung
der Rudergruppe.
Alle Interessenten sind hiermit eingeladen.
12838) **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck. (12889
Versammlung
der bei den Holzexpediteuren Beschäftigten
am Donnerstag, 9. Febr., abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**
Wichtige Tagesordnung.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein
Ortsgruppe **Schlutup.**
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 9. Febr., abds. 7½ Uhr
im Gasthof **„Zur Linde"** (Saborowski).
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (12826
Zahlreicher Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Hansatheater.
Heute Mittwoch.
12820) **7½ Uhr:**
Hoheit tanzt Walzer.
Donnerstag, 7½ Uhr:
Spanische Nachtigall.
Freitag, 7½ Uhr:
9. Vorst. i. Freitag-Ab.
Hoheit tanzt Walzer.

Freitag, d. 17. Februar:
Einmaliges Gastspiel des
Petz-Kainer-Balletts.

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 8. Febr., 6.30
Zum letzten Male:
Peer Gynt.
(Außer-Abon.)
Donnerstag, 9. Feb., 7.30
Figaros Hochzeit.
25. Ab.-Vorst. Bchst. A.
Freitag, 10. Febr., 7 U.
Macbeth. (12808
25. Ab.-Vorst. Bchst. A.
Sonnabend, 11. Feb., 7 U.
Lohengrin.
12. Abonn.-Vorst.

Z. tausch. e. 2-Z.-Wohn. v. Mühlent. geg. gleiche vorm Burgt. o. Hüxtert. (12841) Elewiastr. 7c, S.

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten. (12828) Glandorpstr. 82.

Gangbude in der Engelsgrube für 2000 M zu verk. (12822) N. Georgstr. 38, II.

---

2 Kleider für Mädchen von 13-14 Jahr. zu verk. (12829) Engelsgrube 20.

Damen-Maskenkostüm zu verkf. Paulstr. 13, I.

H.- u. D.-Maskenk. v. 10 M. an z. v. Klopenst. 14a, I. (12880)

Wenig gebr. H.-Gummimantel billig zu verk. (12836) Papenstr. 12, II.

Jung. Kaufmann als Leiter und Verkäufer für ausbaufähige Warenverteilungsstelle zu mögl. bald, unentgel. Ang. m. Zeugn. u. Gehaltsanspr. u. NW a d. Exp. (12824

Tagesmädchen gesucht. Frau Stammer, Diana-Drogerie, Glandorpstr. 1. (128..5

Tüchtige
Arbeiterinnen
gesucht. (12849
Paul Lohrmann
Hundestraße 95.

---

1 großer Posten bestes
Schweinepfoten
Pfund Mk. 9.—
Gleichzeitig empfehle:
Ia. Rindfleisch
Ia. Schweinefleisch
J. Paschkewitz
Parkstraße 68. (12882

Felle,
Marder, Iltisse, Füchse, Hasen, Kanin usw. (12817
kauft zu höchsten Tagespreisen
Kaufrankenthal
Lübeck, Beckergrube 33.
Fernsprecher 5941.
Sonnabds. geschl.
Bitte genau die Adresse zu beachten.

Glasscheiben aller Art, Kitt, glasschneidender Diamanten etc. (12812
Oscar Taschnitz, Glasgeschäft
Fleischhauerstr. 85 F. 2508

Keine wrch. **Hunde** sehr billig zu verkaufen. (12818) Dankwartsstraße 21.

In der Privatklagesache des Arbeiters **W. Brandt** in Rostock
Privatklägers,
vertreten durch Rechtsanwalt: Behrmann, Bad Schwartau
gegen
den Arbeiter **Karl Ehlers,** in Bad Schwartau
Angeklagten,
wegen öffentlicher Beleidigung,
hat das Schöffengericht zu Schwartau am 5. Januar 1922 für Recht erkannt:
Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung des Arbeiters **Wilhelm Brandt** in Rostock zu 100 Mk. Geldstrafe, evtl. 10 Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.
Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten binnen 4 Wochen nach Rechtskraft des Urteils im Lübecker Volksboten zu veröffentlichen.
Die Wirksamkeit der Abschrift der Urteilsformel wird bestätigt und die Vollstreckung des Urteils bestätigt.
Bad Schwartau,
den 16. Januar 1922.
L. S. gez. Wenck,
Amtsgerichtsrat,
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
(12888)

+Klagerfreit+

Schöne volle Körperformen durch unser „Aegyt" Fachpräparat in 6 bis 8 Wochen bei Gebrauch. Gewähr. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Gute Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 15.—, Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Wengstr. 10. (12815

Wiener Schirm- u. Stock-Reparatur-Werkstatt
— Neubeziehen von Schirmen billigst. —
Kurze Lieferungszeit. (12811
Rich. Rosenthal, Wahmstraße 71.

Adlershorst. 12810 Jeden Donnerstag: **BALL.**

Wilhelm II.
als Krüppel und Psychopath.
Abrechnung mit der Entente und dem Monarchismus.
10 Mk.
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.,

Gesichtsausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zucksoh-Creme nachfettet. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften (12818

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Drucksachen für Maschinenfabriken

Prospekte	Formulare
Briefbogen	Rundschreiben
Rechnungen	Durchschreibebücher
Kuverts	Kartoteikarten

werden in unserer modern eingerichteten Buchdruckerei schnell, sauber und preiswert angefertigt. 2156

Verlangen Sie unseren Besuch.

Friedr. Meyer & Co.,
Buchdruckerei. Johannisstraße 46.
Buchhandlung. Fernruf 626.

Soeben erschienen:

M. PHILIPS PRICE:
Die russische Revolution
Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919
495 Seiten / Preis broschiert Mk. 44.—, gebunden Mk. 50.— (Organisationsausgabe: broschiert Mk. 18.—, gebunden Mk. 35.—)

G. SINOWJEW:
Die Taktik der Kommunistischen Internationale
Rückblick auf die Arbeiten des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale
77 Seiten
Preis Mk. 5.— (Organisationsausgabe Mk. 4.—)

G. SINOWJEW:
Alte Ziele — neue Wege
Über die proletarische Einheitsfront
31 Seiten
Preis Mk. 2.— (Organisationsausgabe Mk. 1.50)

Die proletarische Einheitsfront
Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale / Leitsätze über die Einheitsfront-
25 Seiten
Preis Mk. 0.75 (Organisationsausgabe Mk. 0.50)

Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, **Hamburg**
sowie alle Organisationen u. Auslieferungsstellen der KPD.

(12823

Beilage zu Nr. 33
29. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch,
den 8. Februar 1922

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 8. Februar.

Die steigende Teuerung.

Die Teuerung hat im ersten Monat des neuen Jahres weiter zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) vom Dezember 1921 zum Januar 1922 von 1550 auf 1640, demnach um 5,8 Proz. gestiegen. Gegenüber Januar 1921 bedeutet dies eine Steigerung um 73,7 Proz., gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, 86,4 Proz. Weniger stark als im Vormonat trugen im Berichtsmonat Erhöhungen der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe zu der Steigerung der Lebenshaltung bei. Die Wohnungsmieten haben sich in einer Reihe von Erhebungsgemeinden erhöht. Bedeutend stärker haben sich die Kosten für den Ernährungsbedarf gesteigert. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein stieg von 2088 auf 2219 oder 6,3 Proz. Billiger wurden seit dem Vormonat nur die Fette, deren Preise sich bis Mitte Januar recht erheblich ermäßigen konnten, inzwischen allerdings wieder angezogen haben. Dagegen wurde — in einer größeren Reihe von Erhebungsgemeinden — Brot und fast allgemein Rindfleisch, Fische, Zucker, Kartoffeln und Gemüse wesentlich teurer. Für die übrigen Lebensmittel war die Preisbewegung nicht ganz einheitlich.

Während in Deutschland also allgemein die Warenpreise sprunghaft steigen — und leider noch weiter steigen werden — vermindern sich die Kosten der Lebensunterhaltung in England fortwährend. Sie betrugen (in Prozenten von den Kosten vom Juli 1914) am 1. September 1921 120 Prozent, am 1. Oktober 1921 110 Prozent, am 1. November 1921 103 Prozent, am 1. Dezember 1921 99 Prozent, sind demnach jetzt nur etwa doppelt so groß wie vor dem Kriege.

Die Grundsteuer.

Nach dem Grundsteuergesetz für die Stadt und die Vorstädte beträgt die Grundsteuer allgemein 5.25, jedoch für Fabrik- und dgl. Grundstücke nur 3,75 und für kleine Gärtnergrundstücke nur 2,60 v. T. des gemeinen Wertes. Von diesen Sätzen werden nach dem Eingemeindungsgesetz vom 13. November 1912 nebst Nachträgen in den eingemeindeten Bezirken nur erhoben: in Travemünde, der Villenkolonie Neu-Travemünde (Gneversdorf) und in Schlutup 75 v. H., in Krempelsdorf, Vorwerk und Moisling 50 v. H., in Genin 40 v. H. und in Dorf Gneversdorf, Siems-Dänischburg, Kücknitz-Herrenwyk, Gothmund und Israelsdorf 25 v. H. Das Schätzungsamt macht gelegentlich der Neuschätzung des gemeinen Wertes der Grundstücke darauf aufmerksam, daß nach diesen Bestimmungen die innerhalb der verschiedenen Stadtteile gelegenen Siedelungen ungleich getroffen werden. Die zu Israelsdorf gehörige Siedelung Karlshof zahlt z. B. nur 25 v. H., die Siedelung Dornbreite, weil zu Krempelsdorf gehörig, 50 v. H., die Siedelungen an der Gärtnergasse und an der Brandenbaumer Straße, die zu den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud gehören, haben sogar den vollen Steuersatz zu zahlen. Das Schätzungsamt empfiehlt, alle Siedelungen einheitlich zu besteuern, etwa mit ein Drittel des normalen Steuersatzes und diesen ermäßigten Steuersatz auch auszudehnen auf die Kleinwohnungshäuser, die an der Geninerstraße, Buskiststraße, Brolingstraße, Westhoffstraße, Kerdringstraße, Ziegelstraße und Lauerhofstraße schon errichtet sind und in den Vorstädten weiter noch errichtet werden.

Die Finanzbehörde ist für die Annahme dieses Vorschlages. Sie geht sogar noch weiter und empfiehlt, zur Förderung des Wohnungsbaues nicht nur von allen in den Vorstädten und den eingemeindeten Stadtteilen belegenen Grundstücken, sondern auch von anderen Grundstücken, auf denen Wohngebäude erst nach dem 30. Juni 1918 errichtet worden sind, oder künftig noch errichtet werden, die Grundsteuer bis auf weiteres nur zu einem Drittel zu erheben. Der gleiche Steuersatz wird für die Grundstücke in den Landgemeinden vorgeschlagen. Zu letzteren ist auch das Dorf Gneversdorf, soweit es nicht zum Gebiet der Villenkolonie Travemünde gehört, zu rechnen.

Die Finanzbehörde hat einen neuen Nachtrag zum Grundsteuergesetz entworfen, der die Zustimmung des Senates gefunden hat und demnächst der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Wir geben daraus folgendes wieder:

„In Travemünde und der Villenkolonie Neu-Travemünde sowie in Schlutup wird die Steuer nur in Höhe von 75 v. H., in Krempelsdorf, Schönböcken, Vorwerk, Moisling, Genin, Israelsdorf, Gothmund, Wesloe, Siems-Dänischburg und Kücknitz-Herrenwyk in Höhe von 50 v. H., in Gneversdorf ausschließlich des Gebietes der Villenkolonie Neu-Travemünde, sowie in den Landgemeinden in Höhe von 33⅓ der gesetzlichen Steuersätze erhoben. Von allen in den Vorstädten und in den eingemeindeten Stadtteilen belegenen Grundstücken, auf denen Wohngebäude erst nach dem 30 Juni 1918 errichtet worden sind oder künftig noch errichtet werden, wird die Steuer bis auf weiteres in Höhe von 33⅓ v. H. der gesetzlichen Steuersätze erhoben."

Streik auf dem Hochofenwerk.

Vom Polizeiamt wird uns mitgeteilt: Das Hochofenwerk berichtete: Dienstag morgen hatte das Werk einen Arbeiter entlassen, der sich wiederholt Verstöße gegen die Arbeitsordnung und gegen andere Vorschriften hatte zu Schulden kommen lassen. Darauf habe die Belegschaft des Hochofenwerkes die Rücknahme der Kündigung bezw. der Entlassung verlangt. Die Direktion habe das verweigert. Daraufhin wurde der Streik beschlossen. Nach Vermittelung des Betriebsrates des Hochofenwerkes wurde zunächst bis mittag weitergearbeitet, dann aber eine Abstimmung unter der Belegschaft, die um 2 Uhr die Arbeit verließ, und derjenigen, die um 2 Uhr zur Arbeit kam, vorgenommen. Die Abstimmung ergab, daß 890 Stimmen für den Streik und 269 Stimmen dagegen abgegeben wurden. Der Streik ist somit beschlossen. Von seiten des Betriebsrates wurde versucht, Arbeiter zu stellen, welche die wichtigsten Notstandsarbeiten verrichten. Ohne diese Notstandsarbeit würde Lübeck keinerlei Gas mehr vom Hochofenwerk bekommen. Es steht zu befürchten, daß die Gasversorgung der ganzen Bevölkerung in wenigen Tagen in Frage gestellt wird, da auch die hiesigen Gaswerke durch den Eisenbahnerstreik keine Zufuhren an Kohlen erhalten. Hoffentlich gelangen die Arbeiter des Hochofenwerks insofern zur Einsicht, daß sie aus ihren eigenen Reihen die Arbeiter zu den Notstandsarbeiten stellen. Tun sie das nicht, wird die Technische Nothilfe eingesetzt werden müssen, damit die Lübecker Bevölkerung wenigstens soviel Gas bekommt, daß sie ihre Mahlzeiten herrichten kann. Durch die mangelnde Kohlenzufuhr ist überdies einer der beiden Hochöfen bereits gedämpft. Es kann also nur Gas mit dem einen Hochofen abgegeben werden.

Die Technische Nothilfe war für Dienstag abend alarmiert worden. Doch brauchte sie nicht in Tätigkeit zu treten, da sich die notwendigen Arbeiter aus dem Hochofenwerk selbst zur Verfügung stellten.

Ueber die Wirtschaftslage Deutschlands und die Wiederaufbaumöglichkeiten sprach vor einigen Tagen der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Exzellenz v. Braun auf Einladung der Handelskammer in Lübeck. Außer Vertretern der Kaufmannschaft waren auch Vertreter des Senats, der Senatskommission für Handel und Schiffahrt, der Landwirtschafts- und der Gewerbekammer geladen. Was Herr von Braun, dessen deutschnationale und agrarierfreundliche Gesinnung allgemein bekannt ist, über die Wirtschaftslage nach Berichten der hiesigen bürgerlichen Presse sagte, ist von seinem politischen Standpunkt aus zu verstehen. Bezüglich des Wiederaufbaues griff er die Regierung und den Reichstag scharf an. Er stellte sogar die kühne Behauptung auf, daß beide Körperschaften sich bisher mit dieser Frage nicht beschäftigt hätten. Was die Deutschnationalen bisher zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens getan haben, ist mehr als nichts. Sie haben bisher in allen schwierigen Situationen nicht nur völlig versagt, sondern den Aufbau eher gehemmt als gefördert. Der Aufbau, wie ihn die Deutschnationalen erstreben, soll hauptsächlich auf Kosten der Minderbemittelten und unter Schonung des Besitzes vor sich gehen. Die Steuerschraube in Deutschland sei bereits überdreht, sagte der Redner. Das stimmt schon, soweit die Lohn- und Gehaltsempfänger in Frage kommen. Der Besitz und besonders die Agrarier haben sich bisher vom Steuerzahlen schön zu drücken verstanden und so den Wiederaufbau gehindert. Aber die Agrarier haben auf ihrer landwirtschaftlichen Tagung beschlossen, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß Deutschland keine Nahrungsmittel vom Auslande einzuführen braucht. Von diesem Beschluß verspricht sich Herr v. Braun sehr viel und kann es nicht verstehen, daß die Sozialdemokratie dafür nicht begeistert eintritt. Es wäre gewiß sehr schön, wenn die deutsche Landwirtschaft die für die Ernährung des deutschen Volkes notwendigen Lebensmittel selbst erzeugen könnte. Alles, was zur Steigerung der Proudktion führt, muß angewandt werden. Nun weisen die Erträgnisse der Landwirtschaft aber gegenüber der Vorkriegszeit eine Minderung von rund 50 Prozent auf. Da wir schon vor dem Kriege etwa ein Sechstel des Brotgetreides einführen mußten, so ist in absehbarer Zeit an eine Steigerung, die den eigenen Bedarf deckt, nicht zu denken. Nach dem Plane der Agrarier sind 20 Milliarden Mark zur Beschaffung von Düngemitteln erforderlich. Wer soll nun diese Mittel aufbringen? Die Landwirte, so behauptete auch v. Braun, haben nicht das nötige Geld dazu. Die notleidenden Herren von Aar und Halm verlangen nun, daß die Regierung, die Allgemeinheit, die Mittel dazu hergibt. Wir verkennen gewiß nicht den Wert der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Vielleicht könnte die Regierung auch erhebliche Mittel für diesen Zweck hergeben, wenn durch die Steuerdrückebergerei der Agrarier dem Staate nicht erhebliche Mittel entzogen worden wären. Bisher haben die Krautjunker stets für sich selbst gesorgt und auf das Allgemeinwohl keine Rücksicht genommen. Der neueste Plan, der zum Wiederaufbau Deutschlands führen soll, wird, wenn er durchgeführt werden sollte, in erster Linie den Agrariern zugute kommen. Die Landwirtschaft ist heute so gestellt, daß sie bei gutem Willen aus eigener Kraft die Produktion steigern kann. Je geringer aber das Angebot, um so höher die Preise; das wissen auch die Landwirte. Sehr bezeichnend ist es aber doch, wenn der Referent der Regierung und dem Reichstag vorwirft, daß sie nichts für den Aufbau des Wirtschaftslebens getan haben. Wer für den Wiederaufbau weiter nichts als den Plan der Agrarier in Vorschlag bringt, sollte etwas bescheidener auftreten; denn dieser Plan bedeutet vornehmlich ein Milliardengeschenk an die Agrarier.

„Die Beamten und der Eisenbahnerstreik". Zu diesem von uns am Montag gebrachten Artikel geht uns vom Bund der Inspektoren und Amtmänner der Reichspostverwaltung, Ortsgruppe Lübeck, folgendes Schreiben zu: „Der Bund der Inspektoren und Amtmänner der R. P. und T. V. war in der Versammlung offiziell nicht vertreten. Wenn ein anwesendes Mitglied des Bundes sich für den Streik ausgesprochen hat, so hat er damit seine persönliche Ansicht zum Ausdruck gebracht. Der Bund gehört als Fachgruppe der Reichs-Postgewerkschaft an und ist dadurch dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen. Durch diese Zugehörigkeit ist, mag ein einzelnes Mitglied auch seine eigene und entgegengesetzte Meinung haben, die Stellungnahme unserer Organisation im Eisenbahnerstreik gegeben und festgelegt. Die Ausführungen Ihres Berichterstatters, der „Vertreter" des Bundes gehöre keiner Großorganisation an, sondern unterstützte noch besondere Bündelei sind uns unverständlich geblieben.

Muß jemand, der eine Altersrente bezieht, Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung leisten? Diese Frage, über die, wie verschiedene Anfragen beweisen, noch viel Unklarheit herrscht, ist mit Ja zu beantworten. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß für den Fall der Invalidität und des Alters, sowie zugunsten der Hinterbliebenen alle Lohnarbeiter und teilweise Gehaltsempfänger versichert sind. Voraussetzung der Versicherung ist für alle diese Personen, daß sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Um eine Rente beziehen zu können, muß eine bestimmte Zahl von Beiträgen geleistet werden, für den Bezug der Altersrente mindestens 1200 und für Invalidenrente minde-

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

28. Fortsetzung.

„Er ist eine Memme, Vikar," sagte Herr von Driesch. Das hatte er schon einmal an diesem Abend gesagt und der Geistliche war gar nicht in der Laune, mit sich Spaß treiben zu lassen. Er schlug heftig die Arme auseinander: „Ew. Gnaden, ich bin keine Memme, das sollen Sie sehen; ich gehe." Er ging aus dem Zimmer und kehrte bald darauf zurück, einen Band seines Breviers unter dem Arm und ein Paar warmer Pantoffeln statt der hohen Klerikalstiefel an den Füßen. Der Gutsherr hatte sich unterdes seinen großblumigen Damastschlafrock anlegen lassen. So ausgestattet, schritten beide Herren, von Anton, der einen Armleuchter trug, begleitet, in das unheimliche Gemach. Der große Saal auf Bechenburg, der in so üblem Rufe stand, war an und für sich so unheimlich nicht. Er war bedeutend länger als breit und so groß, daß man oben und unten nötig gefunden hatte, einen Kamin anzubringen. Der untere war durch eine Türe mit zwei Klappen verschlossen und im oberen brannte ein hellflackerndes Feuer, das hoch genug lohte, aber dennoch nicht imstande war, den ganzen Raum zu erhellen. Lambris liefen an der unteren Hälfte der Wände her; der obere Teil war früher ganz mit Estrich belegt gewesen, von dem aber mehrere Stücke abgefallen waren, daß die nackte Mauer hervortrat; den Plafond bildete ein Holzgetäfel, von dem mehrere Schnüre herniederhingen und sich im Zugwind bewegten, als die Flügeltür geöffnet wurde. Einige Gartengerätschaften standen in der Ecke hinter dem oberen Kamin, denn schon seit vielen Jahren diente der Saal zu einer Art Rumpelkammer, und die Domestiken hatten nicht Zeit oder Lust gehabt, ihn noch den Abend ganz auszuräumen; auch einige Stücke des herabgefallenen Estrichs lagen noch am Boden und waren nur unter die hölzerne Bank geschoben, die der Länge nach an den Wänden hinlief.

Ein runder Tisch war an das Kaminfeuer gerückt und zwei Lehnstühle daneben; vor dem des Gutsherrn lagen Schreibmaterialien und ein Buch; außerdem standen die vier Flaschen und sechs Leuchter mit frisch aufgesteckten Kerzen auf dem Tisch, zwei geladene Jagdflinten aber an jedem Stuhle. Als Anton aus einem beklommenen Busen und mit einem Blick voll Teilnahme auf seinen Herrn eine gute Nacht gewünscht hatte und gegangen war, zündete Herr von Driesch noch zwei Leuchter an und stellte sie an das andre Ende des Gemachs, um eine größere Helligkeit zu verbreiten. Dann setzte er sich in seinen Lehnstuhl und schenkte die Gläser voll. Der Vikar hatte das Brevier geöffnet und begann ruhig darin seine Lektion für den nächsten Tag abzubeten. Der Gutsherr legte den Kopf auf die Rücklehne seines Stuhls, steckte die Beine nahe ans Feuer und liekt in dieser Stellung seine Blicke bald in diesen, bald in jenen beschatteten Winkel des Saales sich [illegible]

„Wunderlich ist die alte Rumpelkammer," sagte er leise vor sich hin; „ich kann mir jetzt doch wohl denken, daß sie Veranlassung zu einer albernen Geschichte gegeben hat. Weiß der Henker, wie's kommt: es ist aber auch gerade heute ganz besonders schauerlich hier!"

Er lauschte auf den Wind, der draußen heftiger in den Wipfeln zu brausen begann. Im Innern des Hauses wurde es dagegen stiller; die Domestiken hatten sich, wahrscheinlich mit einem beklommenen Stoßgebet für den gnädigen Herrn, zur Ruhe gelegt. Man hörte die Windfahnen schrill über den Ecktürmchen ihre eisernen Töne ziehen; zuweilen wurde eine Glocke gezogen, als ob jemand am Tore sei, der noch Einlaß verlange; es war der Wind, der die im Freien hängende Torklingel bewegte. Die Vermischung dieser verschiedenen Töne hatte etwas ungemein Grausiges, wenigstens fand Herr von Driesch es so, und zu seinem Aerger mischte sich nun noch das Klappern einer locker gewordenen Planke an einem der Giebel der alten Burg von Zeit zu Zeit hinein.

„Alles klappt und pfeift aber auch in dem verfluchten alten Nest: ich will doch wieder nach Grünscheidt ziehen," murmelte er; „was war das — es plätscherte etwas im Burggraben — eine abgefallene Kastanie wird's gewesen sein. Ich will an meine Arbeit: das ist das beste."

Herr von Driesch setzte seine Brille auf, nahm das Buch, das vor ihm lag und fing an, die Ekloge Virgils weiter zu übersetzen, die ihn schon den Nachmittag beschäftigt hatte; er las, skandierte dann und schrieb. Das Kritzeln der Feder scholl durch den stillen Raum. Nach kaum einer Stunde schob er die Brille auf das Vorderhaupt und legte den Kopf wieder auf die Rückenlehne des Stuhls.

„Herr Vikar, weshalb spricht Er nicht?"

„Ich bete mein Brevier, Ew. Gnaden."

„So! Aber wenn Er fertig ist, dann spreche Er etwas."

Der Vikar nickte mit dem Kopfe.

„Sitzt da so still und verdreht die Augen, als wenn er tot wäre", sagte Herr von Driesch flüsternd. „Ich will sehen, ob ich schlafen kann."

„Herr Vikar, was mögen die Stricke da am Plafond bedeuten?" hob er nach einer Weile wieder an.

„Daran haben Fruchtschnüre gehangen, Ew. Gnaden."

„So! sie schaukeln so wunderlich."

„Das ist der Luftzug, die Fenster sind nicht dicht."

„Es war mir eben gerade so, als müßte sich schon mal ein armer Teufel daran erhängt haben. Rispelte nicht etwas? Horch, da unten?"

Der Geistliche ließ sich nicht weiter in seiner Beschäftigung stören, die er nur unterbrach, um zuweilen aus seinem Glase zu nippen.

Eine Viertelstunde verfloß. — Dem Gutsherrn ward immer unheimlicher zumute; das Uebersetzen wollte nicht recht flecken, Schlaf hatte er auch keinen; nun war auch noch die Brille verloren.

„Ei, wo ist sie denn?" sagte er; „ich muß den Plafond schärfer ansehen, daß ich die dummen Gedanken aus dem Kopf bekomme. Die Lichter brennen auch so dunkel; den Henker taugt das Zeug!"

Er legte den Kopf zurück und schaute wieder zum Plafond empor, der schwarz getäfelt mit seinen Stricken über den Saal hing.

„Es kommt mir genau vor wie eine ungeheure Spinne, die ihre langen Beine niederhängen läßt," flüsterte der Gutsherr.

„Vikar, meine Brille. Er hat mir meine Brille genommen!"

Der Geistliche sah auf: „Ew. Gnaden haben sie ja auf dem Kopfe."

„Ah ja, sela! Herr Vikar, sei Er so gut, eben die Kerzen da unten im Saal zu putzen."

Der Vikar stand auf und nahm die Lichtschere.

„Nein, laß Er's nur; bleib Er hier, bei mir."

Noch eine Viertelstunde und Herr von Driesch fuhr auf: „Der Henker hole das langweilige Aufbleiben! Komm Er, Vikar, wir wollen leise fortgehen und uns zu Bett legen. Wir haben ja doch lange genug aufgepaßt, ob was kommen wollte. Die Lichter lassen wir brennen, den Wein können wir durchs Fenster gießen und morgen vor Tagesanbruch gehen wir wieder hierher, daß niemand etwas merkt.

Der geistliche Herr hatte sich so eifrig an seine Lektionen gehalten, daß darüber keine Gespensterfurcht in ihm hatte auftauchen können; zudem war er etwas gereizt gegen den Gutsherrn, der ihn eine Memme gescholten, und ließ jetzt nicht die Gelegenheit vorübergehen, sich dafür eine kleine Rache zu verschaffen.

„Nein, Ew. Gnaden," sagte er, „das geht durchaus nicht an; man könnte uns hören und jedenfalls würden wir uns morgen früh verschlafen. Das wäre eine schöne Geschichte, wenn es hieße, Ew. Gnaden hätten nicht Mut gehabt; man würde erzählen, wir hätten die greulichsten Erscheinungen gehabt, die uns verjagt hätten; Bechenburg käme vollends in Verruf. Ew. Gnaden habens angefangen, nun heißt's: durchgesetzt!"

„Die greulichsten Erscheinungen? Herr Vikar, glaubt Er wohl, daß es greuliche Erscheinungen gibt?"

„In der Bibel werden sie nicht geleugnet."

„Aber die Alten wußten doch nichts davon."

„Die Alten waren Heiden. Und sie hatten doch auch ihre merkwürdigen Geschichten von Ahnungen und Erscheinungen. Brutus zum Beispiel bei Philippi."

„Aber hier in Bechenburg? Sollte es hier im Saale wohl wirklich nicht richtig sein?"

„Ew. Gnaden wissen, was Anton sagt; ganz richtig ist es nicht, aber ich will nichts anderes behaupten als was ich selber gesehen habe, und das ist nicht hier gewesen."

„Wo war es denn?"

Der Vikar stopfte seine Pfeife, zündete sie an, hob langsam sein Glas an die Lippen und räusperte sich. In Herrn von Driesch befehdeten sich unterdeß zwei feindliche Gefühle, die Neugier nach des Vikars Geschichte und die Furcht vor dem erhöhten Grausen, das sie ihm verursachen würde.

(Fortsetzung folgt.)

stets 200 Wochenbeiträge. Die Quittungsmarken müssen innerhalb zwei Jahre bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung umgetauscht werden. Beim Umtausch müssen diese Karten mindestens 20 Beitragsmarken enthalten. Dieses sind die Vorbedingungen zum Bezug einer Rente. Wer 1200 Beitragsmarken geleistet hat und 65 Jahre alt wird, bekommt Altersrente. Die Altersrentner stehen in der Regel noch in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung und müssen daher Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung leisten. Sie haben dadurch den Vorteil, daß sie im Falle der Invalidität die Altersrente in Invalidenrente umwandeln können, wenn sie den bezüglichen Antrag stellen. Bei Berechnung der Invalidenrente erhöht sich die Rente um die Steigerungssätze, die nach den geleisteten Beitragsmarken berechnet werden. Der Steigerungssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragsmarke nach der getroffenen Beitragserhöhung in Klasse A: 10 Pfg., B: 30 Pfg., C: 50 Pfg., D: 70 Pfg., E: 90 Pfg., F: 1,20 Mk., G: 1,50 Mk. und H: 1,80 Mk. Daraus ist zu ersehen, daß die Altersrentner im Falle ihrer Invalidität eine erheblich höhere Rente als Invalidenrente bekommen, dadurch, daß sie Beiträge zu leisten haben. Scheidet ein Altersrentner aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so muß er Sorge tragen, daß er die Berechtigung zum Bezuge der Invalidenversicherung nicht verliert. Er hat alle zwei Jahre seine Karte umzutauschen mit mindestens 20 Beitragsmarken (§ 1244 der R. V. O.). Auch bei Berechnung der Höhe der Witwenrente kommt jede geleistete Beitragsmarke in Anrechnung.

Nachbewilligung für die Friedhofsbehörde. Die der Friedhofsbehörde für das Rechnungsjahr 1920 zur Verfügung gestellten Mittel sind um insgesamt 558 652,35 **Mark überschritten worden.** Die Ueberschreitung ist in der Hauptsache auf die allgemeine Preissteigerung zurückzuführen. Die Friedhofsbehörde hat beantragt, ihr die Mehrausgaben nachzubewilligen. Der Senat ist bereit, dem Antrage stattzugeben, und stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Nachbewilligung für den Wiederaufbau der Wirtschaftsgebäude des Stadtgutes Moisling. Durch Rat- und Bürgerschluß vom 28. November 1921 ist der Baubehörde für den Wiederaufbau der abgebrannten Wirtschaftsgebäude des Stadtgutes Moisling, unter Mitverwendung der Entschädigungssumme von 186 836,70 Mk. der Betrag von 261 163,30 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Die Gesamtsumme von 448 000 Mk. wird wegen Steigerung der Materialpreise und Löhne voraussichtlich um 45 000 Mk. = rund 10 Prozent des veranschlagten Betrages überschritten. Einem Antrage der Baubehörde folgend, stellt der Senat demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft; daß der Baubehörde auf die ihr durch Rat- und Bürgerschluß vom 28. November 1921 für den Wiederaufbau der abgebrannten Wirtschaftsgebäude des Stadtgutes Moisling bewilligte Summe von 261 163,30 Mk. der weitere Betrag von 45 000 Mk. aus Abschnitt XIX, 1 des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1921 nachbewilligt werde.

Ermächtigung der Finanzbehörde zur Ausübung des Wiederkaufsrechts. Bei dem Verkauf von Kleinwohnungshäusern, von Bauplätzen und von sonstigen unbebauten Flächen behält sich die Finanzbehörde das Wiederkaufsrecht vor. Zur Ausübung des Wiederkaufsrechts bedarf es der Genehmigung durch Senat und Bürgerschaft. Soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, ist die Finanzbehörde zur Ausübung des Wiederkaufsrechts ermächtigt worden. Es empfiehlt sich aber, ihr diese Ermächtigung allgemein zu erteilen. Der Senat stellt daher, einem Antrage der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, in allen Fällen, in denen sie sich das Wiederkaufsrecht vorbehalten hat, dieses gemäß den Bestimmungen der Verträge auszuüben.

Der Milchpreis auf 5,40 Mk. erhöht. Das Landesversorgungsamt beschäftigte sich Dienstag vormittag in einer Vollversammlung mit der Milchpreisfrage. Bekanntlich hatte die Milchkommission des Landesversorgungsamtes den Milchpreis für Februar auf 5,20 Mk. per Liter festgesetzt. Dieser Preis wurde leider nicht überall eingehalten, sondern man nahm bereits 5,30 Mk. und 5,40 Mk. Im Landesversorgungsamt wurde nun die Frage erwogen, ob man angesichts dieser Vorkommnisse zur Festsetzung von Höchstpreisen schreiten solle. Es entspann sich eine längere Debatte in der es wiederum zu Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Hansa-Meierei und den Vertretern der Gemeinnützigen Milchversorgung kam. Erstere wandten sich gegen die Ueberschreitung des Preises von 5,20 Mk., während letztere den zehnten Teil des Butterpreises, also 5,40 Mk. per Liter, forderten. Es wurde u. a. betont, daß die Landwirte diesen Preis verlangten und daß die Gemeinnützige Milchversorgung infolge der erhöhten Unkosten durch den weiten Milchtransport nicht mit 5,20 Mk pro Liter auskommen könne. Genosse Haut griff scharf in die Debatte ein. Schließlich einigte man sich dahin, den Milchpreis auf 5,40 Mk. zu erhöhen. Es soll aber streng darauf geachtet werden, daß dieser Preis in diesem Monat nicht überschritten wird.

Deutscher Verein für Sanitätshunde. Vom Deutschen Verein für Sanitätshunde in Oldenburg i. O. wird uns geschrieben: In den letzten Tagen ist durch einen Teil der Presse eine vom Bund erblindeter Krieger veranlaßte Notiz gegangen, die in schwerer Form die Tätigkeit des Deutschen Vereins für Sanitätshunde angreift. Der wohlbegründete Ruf des Vereins wird durch diese Angriffe nicht berührt werden, wenn die Gründe der Gegnerschaft des Bundes freigelegt sind: Ablehnung unberechtigter Forderungen des Bundes, der sich insbesondere zum Sprachrohr derjenigen seiner Mitglieder gemacht hat, die durch vorsätzliche schlechte Behandlung und Ausbeutung der überlassenen Führerhunde zu Zuchtzwecken keinen Anspruch mehr auf die freiwillige, durch keinerlei gesetzliche oder Vertragsbedingungen vorgeschriebene Unterstützung des Vereins erheben konnten. Zur Sache selbst. Der Deutsche Verein für Sanitätshunde hat die aus seinen eigenen Mitteln zu bestreitende Lieferung von Blindenführhunden nicht eingestellt, außer den in oben erwähnten Fällen des Mißbrauchs des Hunde. Er hat im Gegenteil sein Programm noch durch Ueberlassung von Hunden auch an Zivilblinde (Blindgeborene, durch Berufsunfall und Krankheit Erblindete) segensreich erweitert. Die angeblich luxuriösen Zwingeranlagen des Vereins sind bis zur Gegnerschaft des Bundes gerade von diesem als besonders zweckmäßig anerkannt worden. Maßgebend für die Einrichtung des Zwingers sind lediglich diejenigen veterinärärztlichen Vorschriften gewesen, die sich aus einer dauernden Belegung des Zwingers mit etwa 200—300 Hunden, die einen Wert von über 1 Million Mark darstellen, ergeben. Kriegsblinde und Zivilblinde, die einen Führhund des Vereins zu erhalten wünschen, wollen wie bisher unbesorgt ihre Wünsche an den Vorstand nach Oldenburg mitteilen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung! Bürgerschaftsfraktion. Freitag abend 6 Uhr Sitzung im Rathaus. Der Fraktionsvorstand tagt eine Stunde vorher, also um 5 Uhr. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, wird auf vielfachen Wunsch „[illegible]“ zum letzten Mal gegeben und zwar außer Abonnement. Im Donnerstag-Abonnement wird „Figaros Hochzeit“ wiederholt. Freitag erste Wiederholung von „Macbeth“. Sonntag gelangt in dieser Spielzeit zum ersten Mal „Bohème“ zur Aufführung. Musikalische Leitung: Erich Stekel. Träger der Hauptrollen: Frl. Bruhn, Frl. Buchholz und die Herren: Bißer, [illegible], Immendorf, Diez.

Hansatheater. Heute Mittwoch: „Hoheit tanzt Walzer“; morgen Donnerstag: „Spanische Nachtigall“. Als nächste Vorstellung im Freitag-Abonnement gelangt „Hoheit tanzt Walzer“ zur Aufführung. Das bekannte [illegible]-Ballett gastiert am Freitag, dem 17. Februar.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Januar aus dem Landesteil Lübeck gemeldet: Bosau 3 Fälle Diphtherie und 2 Kindbettfieber, Landgemeinde Eutin 2 Fälle Diphtherie, Stadtgemeinde Eutin 14 Fälle Diphtherie und 1 Tuberkulose (Todesfall), Gleschendorf 1 Fall Tuberkulose (Todesfall), Gnissau 1 Fall Tuberkulose, Malente 3 Fälle Diphtherie, Neukirchen und Schwartau je 1 Fall Diphtherie.

Güstrow. Explosion. In der Küche eines Arbeiters in Bülow ereignete sich eine Explosion, die leicht hätte Menschenleben kosten können. Kinder hatten auf der Feldmark Bülow eine Handgranate gefunden, und der Sohn des Arbeiters hatte die Handgranate achtlos in den Holzkorb in der Küche der elterlichen Wohnung geworfen. Die Mutter des Kindes schüttete den ganzen Inhalt des Korbes in den Herd und verließ glücklicherweise auf einen Augenblick die Küche. Die Granate explodierte und richtete in der Küche großen Schaden an.

Geestemünde. Glänzender Sieg des Afa-Bundes in den Unterweserstädten. In den fünf Wahlkreisen der Unterweserorte erhielten insgesamt: Afa-Bund 12 Vertrauensmänner, 25 Ersatzmänner; G. d. A. 2 Vertrauensmänner, 2 Ersatzmänner; D. H. V. 1 Vertrauensmann, 3 Ersatzmänner. Das Ergebnis ist für den Afa-Bund ein glänzender Erfolg.

Lüneburg. Familientragödie. Um das Schlafzimmer zu durchwärmen, hat die Familie Spranz in Pudripp, Kreis Dannenberg, abends in ihrer Kammer, in der die Eheleute mit ihrem Kinde schlafen, einen Behälter mit Holzkohlen aufgestellt. Am anderen Morgen fand man die Eheleute und das Kind bewußtlos auf. Durch Einatmen der dem Behälter entströmenden Kohlengase waren alle drei Personen vergiftet. Das Kind war tot, die Mutter starb bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Zustand des Mannes ist jedoch nicht ganz hoffnungslos.

Gewerkschaften.

Das Berliner Kammergericht gegen Streikposten. Ein Bild der Erinnerung aus der finstersten wilhelminischen Zeit wird entrollt durch eine Entscheidung des Kammergerichts, die sich gegen angeblichen „Streikterror“ richtet. Im Mai v. J. wurde in Berlin ein Streik der Tiefbauarbeiter ausgekämpft. Auf einer bestreikten Arbeitsstelle in Charlottenburg kam es zu Streitigkeiten zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Der Unternehmer erhob Anklage und erwirkte beim Landgericht I eine einstweilige Verfügung gegen den Deutschen Bauarbeiterverband, worin das **Aufstellen von Streikposten** bei der betreffenden Baustelle **untersagt** wurde. Der Deutsche Bauarbeiter-Verband erhob gegen diese einstweilige Verfügung Widerspruch und stellte den Antrag, die Verfügung aufzuheben. Das Landgericht hielt jedoch seine Verfügung aufrecht. Die hiergegen von der Gewerkschaft eingelegte Berufung ist nunmehr vom Kammergericht zurückgewiesen worden. Zur Begründung dieses Urteils führt das Kammergericht aus: „Der Streik ist, wie in der Rechtsprechung des Reichsgerichts ständig und mit Recht angenommen worden ist, **ein erlaubtes Kampfmittel,** wenn das angestrebte Ziel, wie z. B. Lohnerhöhungen, um die es sich bei dem Streik der Tiefbauarbeiter gehandelt hat, den Streik rechtfertigt. **Auch das Aufstellen von Streikposten ist an sich nicht sittenwidrig,** und es ist auch als zulässig zu erachten, wenn Streikposten oder Streikende es unternehmen, im Wege der Ueberredung oder sonst in friedlicher Weise auf die Arbeitswilligen einzuwirken, um sie von der Berechtigung oder Notwendigkeit des Streikes zu überzeugen und sie zur Teilnahme an dem Streike zu bewegen. Ob es zu diesem Zwecke den Streikenden und Streikposten auch gestattet ist, die bestreikten und ausgesperrten Arbeitsstellen zu betreten, mag dahingestellt bleiben. **Sittenwidrig** ist es aber unter allen Umständen, **wenn die Streikenden** und Streikposten es unternehmen, **die Arbeitswilligen auf der Arbeitsstelle bezw. beim Betreten oder Verlassen der Arbeitsstelle oder auch sonst an dritten Orten durch Drohungen, Beschimpfungen und Beleidigungen oder gar durch Anwendung körperlichen Zwanges an der Weiterverrichtung der Arbeit zu verhindern.** Ein solches Verhalten verstößt gegen § 826 BGB. und macht die Betreffenden sowohl aus dieser Gesetzesbestimmung als auch gemäß § 823 Abs. 1 wegen **unmittelbaren Eingriffs in den Gewerbebetrieb** eines anderen **schadenersatzpflichtig.**“

Diese Urteilsbegründung ist völlig verfehlt. Das Verbot des Streikpostenstehens richtet sich nicht gegen einzelne, die angeblich sittenwidrig gehandelt haben sollen weil sie die sogenannten Arbeitswilligen beim Betreten oder Verlassen der Arbeitsstelle bedroht oder beschimpft haben. Machen sich einzelne Arbeiter solcher Vergehen wirklich schuldig, dann mögen die davon betroffenen Arbeitswilligen oder der Unternehmer den Schutz der Gerichte anrufen, und die einzelnen Angeklagten mögen nach dem Gesetz abgeurteilt werden. Auf keinem Fall aber rechtfertigen derartige Vergehen einzelner das **allgemeine Verbot des Streikpostenstehens.** Das Aufstellen von Streikposten ist eine Aktion einer Korporation und ein unlösbarer Bestandteil des Koalitionsrechts. Es steht den Gerichten nicht zu, dieses Recht der Gewerkschaften aufzuheben, das laut Verfassung zu den Grundrechten der Staatsbürger gehört. Der Fall zeigt wiederum nur, daß die ordentlichen Gerichte mit den Lebensäußerungen korporativer Bewegungen nichts anzufangen wissen. Entscheidungen solcher Art gehören infolgedessen auch nicht vor die ordentlichen Gerichte, und es ist höchste Zeit, daß Arbeitsgerichte gebildet werden, denen die Erledigung von Streitigkeiten auch solcher Art überwiesen werden müssen.

Aus aller Welt.

Ostpreußen im Schnee. Seit Sonntag herrscht in Königsberg, wie von dort gedrahtet wird, heftiges Schneetreiben. Der Schnee lag mehrere Fuß hoch, so daß die elektrischen Straßenbahnen in den Mittagsstunden den Betrieb einstellen mußten. Erst in den Abendstunden konnte der Betrieb in beschränktem Umfange aufgenommen werden.

Seifenfabrik durch Feuer zerstört. In Calbe a. d. S. wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag die große Seifenfabrik von einem Großfeuer heimgesucht. Das Unternehmen war in kurzer Zeit zerstört. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Metallschiebungen. In der Simonschen Porzellanfabrik bei Gotha sind Messingteile im Werte von 7 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Es soll sich um Metallschiebungen von Reichsgütern handeln.

Das gesamte Reisegepäck gestohlen. Einer Dame, die von Halberstadt nach Thale fuhr, wurde auf dem Halberstädter Bahnhofe aus einem Abteil 3. Klasse des vorletzten Wagens das gesamte Reisegepäck im Werte von etwa 10 000 Mark gestohlen.

Heftiger Schneesturm im Rheinland. Aus Essen wird gemeldet: Bei starken Regengüssen zeigte gestern das Thermometer 7 Grad über Null. Nachts fiel es auf 7 unter Null. Heftiger Schneesturm fegt über das Rheinland und Westfalen. Der Straßenbahnverkehr erfährt durch die Schneewehen starke Behinderungen.

Ein Doppelraubmord in Oberbayern. Die Münchener Zeitung meldet aus Dießen am Ammersee: In St. Georgen wurden der Oberamtsrichter Ferd. Lader und dessen Haushälterin Hiller in der Villa ermordet aufgefunden. Die Mörder, denen größere Mengen Gold- und Silbergeld in die Hände fielen, steckten die Villa in Brand. Das Feuer konnte gelöscht werden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wie man an der Grenze Porto spart. Ersparnisse an Postgebühren machen jetzt die Bewohner valutastarker Länder an der Grenze von Ländern mit einer schlechten Währung. Dies gilt auch für die deutschen Orte an der deutschösterreichischen Grenze. Eine Postkarte von Deutschösterreich nach Deutschland kostet 5 Kronen. Die Karte wird mit einer deutschösterreichischen Marke mit diesem Betrage beklebt, die nach dem heutigen Kurse für 20 Pfg. zu haben ist. Die Karte nach einem beliebigen Orte Deutschlands kostet so über die Grenze gebracht noch nicht 30 Pfg., an dem Orte selbst aufgegeben aber 1,25 Mk. Aehnlich liegt es bei Briefen.

Explosionskatastrophe. Sechs Arbeiter, die mit der Unschädlichmachung von Munition in Lombartzyde (Belgien) beschäftigt waren, wurden durch Explosion getötet.

Flucht eines Millionenschwindlers. Millionengewinne auf betrügerische Weise, insbesondere durch Bestechung oder auch Beteiligung ungetreuer Angestellter erworben zu haben, wird der Kaufmann Franz Wojak in Berlin verdächtigt, der Sonnabend abend kurz vor seiner beabsichtigten Verhaftung flüchtig geworden ist. Beschlagnahmt wurden seine sämtlichen Geschäftsbücher und sein ganzer Schriftwechsel sowie ein nach Millionen zu schätzendes Warenlager. Wojak lebte bis vor drei Jahren noch in den bescheidensten Verhältnissen. Jetzt besitzt er eine elegant eingerichtete Wohnung in der Margarethenstraße und dazu noch zwei Villen in Berliner Vororten.

Ein 16jähriger Mörder. In Gräfentonna bei Gotha erschlug der 16jährige landwirtschaftliche Arbeiter Friedrich Schaffer seine beiden Pflegeeltern mit einem Hammer. Er legte sich ins Bett und schlug ein Loch in das Fachwerk, um einen Einbruch vorzutäuschen. Der Mörder wurde verhaftet und gibt zu, die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, um sich in den Besitz der Habe der Pflegeeltern zu bringen.

Bankräuber. In Charleston drangen acht bewaffnete Männer in der Nacht in die Zweigstelle einer Großbank ein und raubten 5000 Pfund Sterling. Die Diebe sind entkommen.

Allerlei Wissenswertes.

O. K. **Wirkungen des Kaffees.** Ein Psychologe hat einmal die geistigen Arbeiter in Alkoholiker und Kaffeetrinker eingeteilt, je nach den anregenden Wirkungen, die Alkohol oder Kaffee auf sie ausüben. Wie es manche Künstler gibt, die unter dem Einfluß des Weines ihre höchste schöpferische Leistung erreichten, so gibt es auch wieder andere, denen der Kaffee das „Lebenselexier“ ist, das ihnen Phantasie und Verstand beflügelt. Andererseits gibt es auch Leute, die durch den Genuß von Kaffee müde werden. Jedenfalls sind die Wirkungen des „braunen Zaubertrankes“ verschiedenartig und mannigfaltig. Der bekannte englische Nahrungsphysiologe Walter M. Gallicham beschäftigt sich deshalb ausführlich in einem Aufsatz mit der Einwirkung des Kaffees auf die geistige und körperliche Tätigkeit. Es läßt sich im allgemeinen beweisen, daß das Coffein anregend und kräftesteigernd wirkt. Coffein ist für den Kaffee dasselbe, wie Alkohol für den Wein. Während alkoholische Getränke die Körpertemperatur herabsetzen, wird sie durch Kaffee erhöht. Coffein in mäßigen Mengen verstärkt die Energie in der Mehrzahl der Fälle, wenn auch nicht in allen. Wie manche Konstitutionen dem Alkohol Widerstand leisten, so tun dies andere dem Coffein gegenüber. Bei den meisten Personen läßt sich jedoch der Einfluß des Kaffees zweifelsfrei feststellen. Der Puls wird leicht beschleunigt, und die Tätigkeit der Nieren und der Haut wird angeregt. Bei starken Kaffeedosen kann eine übermäßige Tätigkeit des Herzens eintreten und eine Behinderung der Verdauung. Als tägliches Getränk schließt der Kaffee weniger Gefahren für das Nervensystem und die Verdauungsorgane in sich als der Tee. Im Kaffee ist nämlich weniger Tannin als im Tee, und deswegen wirkt er nicht so ungünstig auf den Verdauungsprozeß. Die Einwirkung des Kaffees auf das Gehirn und die Nerven äußert sich in unruhigem Schlaf und in manchen Fällen in zeitweiser Schlaflosigkeit. Die Gewöhnung macht aber dabei sehr viel aus. Manche Völker, wie die Spanier oder Brasilianer, die starken schwarzen Kaffee als ihr Nationalgetränk haben, müßten überhaupt nicht mehr schlafen können, wenn die Wirkung bei fortgesetztem Genuß nicht sehr abgeschwächt würde. Das gelegentliche Trinken von starkem Kaffee am Abend beunruhigt den Schlummer oder vertreibt den Schlaf. Uebermäßiges Kaffeetrinken ist zweifellos der Verdauung und den Nerven schädlich. Der Komponist Donizetti z. B., der bei seiner Arbeit innerhalb weniger Stunden 15 Tassen schwarzen Kaffee trank, litt an einer Coffeinvergiftung. Im allgemeinen aber sind solche Vergiftungserscheinungen nach Kaffee sehr selten, und sein Ruf als ein anregendes „Lebenselexier“ ist durchaus gerechtfertigt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Wohnungsuchende und Wohnungsbedürftige!

Zu dem Mahnruf in Nr. 31 d. Bl. vom 5. 2. 1922 von Herrn R. Mauermann möchte ich den Wohnungsuchenden und Wohnungsbedrängten eine Aufklärung über das Vorgehen des Einigungsamtes in meiner Wohnungsangelegenheit Hansastraße 31 geben. Mit dem Vorbesitzer meines Hauses wurde über die zu meinem Geschäft gehörende Wohnung ein Zwangsmietevertrag abgeschlossen, der am 5. Dezember 1921 vollzogen wurde. Dem Mieter Herrn K. **(bis heute unverheiratet)** wurde an diesem Tage die Schlüssel zur Wohnung übergeben und somit stand ihm die Wohnung von diesem Tage an zur Verfügung. Herr K. setzte einen Tag später 1 Tisch, 1 Sofa und 1 Stuhl ins Wohnzimmer und ließ sich bis zum 20. Januar nicht wieder sehen, ließ Flur und Straßenordnung, die ihm als Parterrebewohner oblagen, vollständig außer acht und machte überhaupt keine Miene zu heiraten und einzuziehen. In Anbetracht der heutigen Wohnungsnot, wo hunderte verheiratete Eheleute, Familien mit Kindern, sich möbliert behelfen müssen, sah ich mich veranlaßt, dem Wohnungsamt von dieser Sachlage Kenntnis zu geben. Das Wohnungsamt prüfte meine Angaben und ordnete auf Grund der Tatsache, daß der Wohnungsinhaber in 6 Wochen noch nicht verheiratet und eingezogen war, Zwangsräumung an. Wie Herr K. die Aufforderung zur Räumung bekam, holte er schleunigst noch einige Sachen dazu und schlief von diesem Tage an in der Wohnung. Die Durchführung der Zwangsräumung bedurfte noch eines Termins vor dem Einigungsamte, der am Sonnabend stattfand und wo folgendes beschlossen wurde: „Das Wohnungsamt muß von seinem Antrag auf Räumung zurücktreten und Herr K. mußte sich verpflichten, bis **zum 1. Mai 1922** zu heiraten. Volle 5 Monate hat also Herr K. die Wohnung als Junggeselle inne, wo anderseits sich 10 Personen mit 3 Zimmern begnügen müssen (lt. Eingesandt von Herrn R. Mauermann). Wo bleibt der Beweis der Dringlichkeit in diesem Falle?! Wohnungsuchende, an diesem Beispiel seht ihr, wo die freiwerdenden Wohnungen bleiben!!! B.

Spurlos verschwunden
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Blütchen usw. durch tägl. Gebrauch der allein echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.